

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Kötterstraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserten finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **580 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Mit welcher Vorsticht Mitteilungen des Großunternehmertums über die Geschäftslage aufzunehmen sind, zeigt in diesen Tagen wieder die Berichterstattung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Bei der Besprechung der Abschlußzahlen der A. E. G. in Nr. 44 fügten wir ihrer Angabe, daß sowohl die fakturierten Umsätze als auch die vorliegenden Aufträge im neuen Geschäftsjahr eine Steigerung aufweisen, die Bemerkung hinzu, es sei nichtsdestoweniger in verschiedenen Zweigen der Gesellschaft die Konjunkturabschwächung stärker fühlbar geworden, besonders die Aufträge aus der Industrie hätten in den letzten Wochen und Monaten bedeutend nachgelassen. Inzwischen wurden der größeren Öffentlichkeit die Abwehrbestrebungen der Arbeiterchaft in der A. E. G. gegen beträchtliche Lohnreduktionen bekannt, diese Vorgänge führten weiterhin zu Verkäufen in den Aktien der A. E. G. und häufigeren Kursrückgängen. Nun erklärte die A. E. G., die vorher alle Nachrichten über eine Verschlechterung des Geschäftsganges energisch bestritten hatte, der D. O. S. Zeitung am 1. November auf eine Anfrage: „Die Differenzen beziehen sich auf den Wunsch der Fabriken, die Löhne von dem in der Zeit der übermäßigen Aufspannung der Arbeit angestiegenen Niveau auf einen der gegenwärtig obwaltenden Lage möglichst angepassten Stand zu bringen. Weitere Mitteilungen über die Beschäftigung wird der demnächst erscheinende Jahresbericht der Gesellschaft enthalten.“ So bemüht der Stille der A. E. G. auch war, in dieser Erklärung eine klare Darstellung zu vermeiden, er bestreite im Grunde, daß die Verwaltung bei der verminderten Beschäftigung die Gelegenheit zu Lohnherabsetzungen, für die sie sachliche Gründe nicht anführen kann, gekommen glaubte. Vielgestaltig kann der Anlaß sein, aus dem industrielle Gesellschaften irreführende Konjunkturberichte in die Welt setzen oder doch die Verbreitung falscher Berichte nicht hindern. Oft werden günstig lautende Meldungen über den Geschäftsgang von Gesellschaften verbreitet, um den Kurs ihrer Aktien zu beeinflussen, häufig handelt es sich auch darum, Abschüsse zu beschleunigen oder sonst Verträge zustande zu bringen, die bei dem Eingeständnis schlechter Marktverhältnisse für die Gesellschaft weniger profitabel ausfallen. Aber es gehört durchaus nicht zu den Seltenheiten, daß große Gesellschaften durch optimistische Schilderungen der geschäftlichen Situation auch die Arbeiterchaft zu täuschen beabsichtigen. Wo die Kontrolle umfassender Organisationen fehlt, wird die Spekulation des Unternehmertums ihren beabsichtigten Zweck wohl manchmal leider erfüllt haben. Die Arbeiter schritten in Erregung über allerlei Provokationen zur Arbeitsniederlegung, an deren Erfolg sie im Vertrauen auf die günstig lautenden Mitteilungen über die Geschäftslage der Gesellschaft glaubten, während sie in Wirklichkeit die Geschäfte des Kapitals besorgten, das auf Kosten der Arbeiterchaft Betriebsbeschränkungen bei Geschäftsverschlechterung vornahm, die Abnehmer über die Lage täuschte und schließlich mit gespielter stiller Entrüstung über die Arbeiterchaft klagte, die der Gesellschaft kostspielige Betriebsstörungen verursacht hätte.

Gewiß haben andererseits Unternehmertreue auch bei aufsteigender Konjunktur die Löhne veranlassen, die Verhältnisse als höchst unerfreulich auszugeben, weil sie annehmen, so von Forderungen auf Lohn-erhöhungen abzusehen zu können. Viele Aktiengesellschaften gefallen sich darin, jeden finanziellen Rückschlag, aus welchen Ursachen er immer herührt, auf die Arbeiterchaft zurückzuführen oder als Folge der sozialpolitischen Gesetzgebung hinzustellen. Eine besondere Letztung dieser Art hat die Deutsch-Lugemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, die zum Stimmes-Konzern gehört, vollbracht. So schreibt die Verwaltung der Gesellschaft, deren Aufsichtsratsvorsitzender Hugo Stinnes ist, in dem Geschäftsbericht für 1912/13: „Die Zukunftsaussichten könnten trotz der durch politische Beunruhigung und Geldverknappung hervorgerufenen Hindernisse nicht als nicht ungünstig bezeichnet werden angesichts der vorgezeichneten technischen Entwicklung unserer Werke, wenn nicht die Art und Weise, wie einseitig die Gewerbebetriebe mit allmählich unerträglich werdenden steuerlichen Belastungen bedacht werden, die größten Bedenken hervorriefe. Schon heute kann man sich der Einsicht nicht verschließen, daß die ausländische minderbelastete Montanindustrie trotz der dort vielfach herrschenden trostlosen Arbeiterverhältnisse bessere Zukunftsaussichten bietet als die deutsche. Möchte die Erkenntnis der gefährlichen Entwicklung an den maßgebenden Stellen nicht zu spät kommen, das heißt nachdem die deutsche Technik sich in starkem Maße in andere Länder abgewandt und deren industriellen Aufschwung in die Wege geleitet haben wird.“ Wer mit gesundem Sinnen ausgestattet ist und die Entwicklung der deutschen Montanindustrie kennt, weiß, daß diese Behauptungen der Stinnesgesellschaft mit der Wahrheit unvereinbar sind, denn die deutschen Montangesellschaften haben fortwährend Steigerungen ihren an sich schon glänzenden Rentabilität erzielt. Gerade das Jahr 1912/13 erbrachte ihnen Höchstgewinne, wenn sie auch die Dividende in Rücksicht auf die Konjunkturabschwächung größtenteils nicht erhöhten. Allerdings hat die Deutsch-Lugemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft für das Jahr 1912/13 die Dividende von 11 auf 10 Prozent herabgesetzt, doch diese Dividendenminderung hat natürlich weder mit den Ausgaben für Sozialpolitik noch mit sonstigen Steuern irgend etwas zu tun. Nach Abschreibungen von

rund 16 Millionen Mark gegen 10 Millionen im Vorjahre wird von der Gesellschaft ein Reingewinn von 13,34 Millionen Mark gegen 12,21 Millionen im Vorjahre ausgewiesen, an der Dividende nehmen diesmal 120 Millionen Mark teil, gegen 100 Millionen im Vorjahr, 20 Millionen von neuen Aktienpartizipanten an der Hälfte der Dividende. Die Aktien von 10 Millionen Mark aus der letzten Kapitalerhöhung sind erst vom 1. Juli 1913 an dividendenberechtigt. Trotz der wiederholten Kapitalerhöhungen im letzten Jahr hat die Gesellschaft starken Kapitalbedarf, da sie ihre Werke durch Neuverwerbungen und Erweiterungen im Stürmschritt ausdehnt. Bei den schwierigen Geldmarktverhältnissen konnte sie ihren Kapitalbedarf, obwohl sie sich darum sehr bemühte, nicht beden, sie war auf überaus teure Bankkredite angewiesen, die großen Bankschulden veranlaßten sie zu der Dividendenminderung.

Stärkeren Kapitalbedarf hat auch die ober-schlesische Laurahütte wieder, deren Generaldirektor, der bekannte Bergkatholik, in der Generalversammlung erst über den scharfen Rückgang in der Eisenerzeugung klagte, der bereits zu vielen Feierlichkeiten geführt hätte, dann aber die bestehende Arbeitslosigkeit ableugnete und die Arbeitslosen als Arbeitsunwillige schmähte. Offenbar ist das die Methode des ober-schlesischen Montankapitals, die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung zu bekämpfen. Der Stahlwerksverband, dessen Aufsichtsratsmitglied Güler übrigens auch ist, erklärt in seinem Bericht über die Geschäftslage im Monat Oktober, die Beschäftigung der Verbraucher von Halbzeug sei anhaltend ungenügend, vielfach hätten Betriebsbeschränkungen vorgenommen werden müssen. Der Widerspruch gegen die eigenen Feststellungen, wenn es gilt, die Verheerung gegen die Arbeiterchaft zu betreiben, charakterisiert die Unsachlichkeit und Unwahrscheinlichkeit des Schamfachtums. Nach dem Bericht des Vereins deutscher Brücken- und Eisenbauwerken muß die Jahreserzeugung der vereinigten Werke von 435 000 Tonnen im Jahre 1911/12 auf 451 000 Tonnen im Berichtsjahr. Im Laufe der letzten fünf Geschäftsjahre ist die Jahreserzeugung der Menge nach um 50 Prozent, dem Werte nach um 40 Prozent gestiegen. Der Wert der Ausfuhr stellt sich auf rund 15 Millionen gegen 17 Millionen im Vorjahre. Der Eingang an neuen Bestellungen ließ im vorläufigen Jahre jedoch bereits nach, es wurden 402 000 Tonnen in Auftrag gegeben, gegen 434 000 Tonnen im Jahre 1911/12. Auf dem Rohrenmarkt sind nach den heftigen Preisherabsetzungen nun Preisrückführungen für Siederöhre durch die Mannesmann-Werke erfolgt, es heißt, daß die anderen großen Rohrenwerke, die sich verpflichtet hätten, nicht unter den Preisen der Mannesmann-Werke verkaufen. Es beginnen auch wieder Verhandlungen wegen Neugründung des Gas- und Siederöhrenkonzerns. Etwas bessere Aussichten sollen sich ferner für die Entwicklung des Stabeisenmarktes eröffnen, nachdem die Preise für Lothringisch-lugemburgisches Stabeisen bis auf 85 Mark und für rheinisch-westfälisches Stabeisen bis auf 92 Mark zurückgegangen sind. Die Erwartung auf Besserung stützt sich auf die Ergebnisse einer Stabeisen-submission der Eisenbahndirektion Köln, eine Reihe von Eisenwerken und Händlern stellte für die Lieferung, die sich über ein ganzes Jahr erstreckt, höhere Forderungen als sie gegenwärtig stellen. Das sind indes erst sehr schwache Anzeichen für einen Stillstand der Abwärtsbewegung, die sich sonst auf fast allen Gebieten fortsetzt.

Von der Berliner Maschinenbauaktiengesellschaft vormals L. Schwarkopff wird nach wesentlichen höheren Abschreibungen als im Vorjahre eine Dividende von 16 Prozent gegen 14 für 1911/12 zur Verteilung gebracht werden. Der Gesamtwert der zurzeit vorliegenden Aufträge beläuft sich einschließ-lich des aus einer bereits erfolgten Ausschreibung der preussischen Staatsbahnverwaltung demnächst zu erwartenden Auftrages auf rund 31 Millionen Mark gegen 26 Millionen Mark im Vorjahre. Die Maschinenbauwerke in Königsbrunn erzielten in den jüngsten Tagen Bestellungen auf elektrische Schnellzuglokomotiven für die Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn. Im ganzen sind 60 elektrische Schnellzuglokomotiven in Bau gegeben worden, beteiligt sind daran außer den Maschinenbauwerken die Siemens-Schubertwerke und die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft. Die Düsseldorf Eisenbahnbedarfs-gesellschaft vormals Karl Weher & Co., die ihre Dividende auf 3 Prozent auf 16 Prozent für 1912/13 steigern kann, erklärt in ihrem Geschäftsbericht, daß zu der bedeutenden Erhöhung des Umsatzes neben den wenig lohnenden Inlandsgeschäften größere günstige Auslandsaufträge beigetragen hätten. Erst kürzlich hatten wir darauf hingewiesen, daß die Eisenbahnmaterialfirmen über günstige Inlandpreise und weniger gute Auslandpreise berichteten, nach den Angaben der genannten Gesellschaft müßten bei ihr die Verhältnisse sich gerade umgekehrt gestaltet haben.

Um die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der A. G. Brown Boveri & Co. in Mannheim und der Rheinischen Kreditbank auch nach außen hin zum Ausdruck zu bringen, wird nach einer Mitteilung der beiden Gesellschaften ein Direktor des Finanzinstituts in den Aufsichtsrat von Brown Boveri gewählt werden. Diese Nachricht ist von Bedeutung, sie stützt die Annahme, daß zwischen Brown Boveri und dem Siemens-Schubert-Konzern gleichfalls enge Freundschaftsbeziehungen zustande gekommen sind. Die Rheinische Kreditbank gehört nämlich zum Konzern der Deutschen Bank, die wiederum sehr intime Verbindungen zu dem Siemens-Schubert-Konzern unterhält. Wir hatten bereits vor einiger Zeit verzeichnet, daß Siemens-Schubert und Brown Boveri gemeinsam die Errichtung und den Betrieb einer großen böhmischen Ueberlandzentrale übernehmen.

Ueber die Erneuerung verschiedener Vereinbarungen in der Schloßindustrie berichtete die Verwaltung der Schloßfabrik vormals Wilhelm Schulte, A. G. in

Schlagbaum bei Weibert, in der Generalversammlung. Schon der Geschäftsbericht hatte bemerkt, daß die Vereinbarung der Möbelschloßindustrie auf mehrere Jahre verlängert worden sei. Die Gesellschaft, die wieder 8 Prozent Dividende zur Ausschüttung brachte, erhöhte die Abschreibungen von 58 715 Mark auf 63 510 Mark, der Umsatz der zahlennäßig nicht angegeben wird, hat annähernd die gleiche Höhe wie im Vorjahr erreicht. — Auf das Kapital von 5 Millionen Mark verteilt das Alexanderwerk A. von der Rahrmer, A. G. in Remscheid, wieder eine Dividende von 8 Prozent, der Umsatz betrug 8,89 Millionen Mark gegen 8,59 Millionen Mark im Vorjahre; im ersten Vierteljahr des neuen Geschäftsjahres hielt sich der Umsatz ungefähr auf der gleichen Höhe wie im Vorjahre. — Die Siegerner Maschinenbau-A. G. vormals A. & S. Dechhäuser, Siegen, zahlt wiederum eine Dividende von 6 Prozent, die Abschreibungen betragen 77 950 gegen 70 000 Mark im Vorjahre, der Reingewinn wird mit 191 118 Mark gegen 175 571 Mark im Vorjahre ausgewiesen. — Von einer Dividendenverteilung muß die Rieburger Eigenfertiger und Maschinenfabrik, Rieburg a. S., Abstand nehmen, für das Vorjahr betrug die Dividende 3 Prozent. Nach dem Bericht war durch den Rückgang der Bautätigkeit der Absatz der Spezialmaschinen für die keramische Branche im Inlande ungünstig beeinflusst, das Exportgeschäft habe unter den politischen Verhältnissen und der allgemeinen Geldknappheit gelitten. Eine Besserung habe sich im laufenden Jahre bis jetzt noch nicht bemerkbar gemacht, jedoch wären Verhandlungen über verschiedene große Objekte in der Schwebe. Die Neuanlagen sind in größerem Umfang als ursprünglich geplant, durchgeführt worden, so daß die Leistungsfähigkeit der Werke eine Steigerung erfahren hat.

Arbeiter und Unternehmer.

Den nachfolgenden Ausführungen hätten wir auch die Ueberschrift voranzusetzen können „Arbeit und Kapital“ oder „Hand- und Kopparbeit“. Es handelt sich dabei um Betrachtungen über die mit abschlicher Tendenz maßlos übertriebene, einseitige Verherrlichung der Kopparbeit und um die ebenso maßlos verächtliche Herabsetzung der Handarbeit, die geringfügig als minderwertig und ganz nebensächlich hingestellt wird. Es ist nicht das erste Mal, daß das Thema in diesen Spalten besprochen wird. Und so oft es gescheh, wurde immer die Tatsache festgestellt, daß diese Einseitigkeiten natur- und wahrheitswidrig sind. Tatsache ist, daß es weder einseitige nützliche Kopparbeit noch einseitige nützliche Handarbeit gibt, sondern daß Kopf- und Handarbeit immer beisammen sind und zusammenwirken müssen, wenn eine gewisse Arbeitsleistung vollbracht werden soll. Wir lassen dabei die rein spekulative Kopparbeit außer Betracht, die aber ebenfalls jedem geistig gesunden denkenden Menschen eigen ist, denn jeder Mensch denkt. Dabei ist es an sich völlig gleichgültig, ob der geistig hochstehende Philosoph über eine abstrakte Frage nachdenkt oder der italienische Erdarbeiter darüber, wie er die nächste Partie Erdarbeit ausführt.

Die einseitigen Betrachtungen gehen immer von Unternehmern oder ihnen ergebenen Dienern aus, die zu dem Zweck angeestellt werden, Handarbeit und Kopparbeit zu scheiden, sie als zwei voneinander vollständig getrennte Kategorien darzustellen, zwischen denen eine unüberbrückbare breite und tiefe Kluft liegt. Auf der einen Seite steht dann der geniale, vollkommene und göttergleiche Unternehmer, auf der andern Seite der iblethafte, nur ein Arbeiter in menschlicher Gestalt darstellende Arbeiter. So wird systematisch in der Unternehmervelt und in den gesamten besitzenden Klassen ein Größenwahn erzeugt, der vor Jahren den amerikanischen Kohlenmagnaten Baer zu der Proklamation verleitet, daß der Unternehmer der Stellvertreter Gottes auf Erden sei! Im deutschen Reichstage erklärte jenerzeit der ultramontane Abgeordnete Dingens den Unteroffizier als den Stellvertreter Gottes, und da auch der Paps in Rom ein solcher ist und schließlich jeder katbolische Geistliche sich als Stellvertreter Gottes betrachtet, gibt es ja eigentlich recht zahlreiche Geschöpfe von dieser Sorte. Die Unternehmer und ihre Lobredner müssen also, um ihre volle Geltung zu erlangen, schon einen Schritt weitergehen und sich ohne Umschweife als Götter selbst proklamieren, wobei jeder einzelne seinen Arbeitern befehlen: „Ihr sollt keine anderen Götter neben mir haben!“

Die Leute, die diese unfählich niedrige und aufreizende Scharbeit verrichten, die Klassengegensätze, Klassenkämpfe und Klassenkämpfe bis zum äußersten verschärfen, sind dann wieder die gleichen Elemente, die der Sozialdemokratie vormerken, daß sie Klassenhass predige und die beschloßen Klassen gegen die besitzenden Klassen aufreize! Mit diesem Vorwurf stellen die Gegner die Dinge auf den Kopf, beschuldigen sie die Sozialdemokratie einer verwerflichen Tätigkeit, die sie selbst ausüben und betreiben sie eine brunnenvergiftende Demagogie, die auf die besitzenden Klassen selbst nur demoralisierend wirken kann.

Was die Sozialdemokratie tut und was ihr Karl Marx voraus-gesetzt hat, das ist nichts anderes als die einfache Feststellung dessen, was ist; die Feststellung der Klassen, der Klassengegensätze und Klassenkämpfe und die Erklärung, daß sie die seit jeher von den besitzenden und herrschenden Klassen gegen die beschloßen und unterdrückten Klassen geführten Kämpfe akzeptiert hat und sie nun führt zur endlichen Abschaffung aller Klassenkämpfe, womit dann auch alle Klassen wegfallen.

Eine Leistung der oben gekennzeichneten Art hat der Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Regierungsrat a. D. Dr. Schwetghoffer, fertiggebracht in der Mitte September in Leipzig abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung deutscher und österreichischer Industrieller. Was da Herr Schwetghoffer nach einem ausführlichen Berichte der *Ö. D. N. Z.* in der Zeitung gesagt hat, ist so einseitig, verdröhrt, entstellt und daher mit der Wirklichkeit

Zusammenbruch anguspornen. Das kann nützlich sein im Hinblick auf das geringste Maß der Kosten, aber kein wirtschaftliches Bedürfnis kann die Anspannung des Arbeiters bis zum Höchstpunkt rechtfertigen, wenn er es auch, ohne an Gesundheit und Kraft Schaden zu leiden, tagaus, tagein und Jahr für Jahr auszuhalten vermöchte. Das heiße den Arbeiter auf die Stufe eines Lasttieres stellen, das jeden Tag einhertrabt, um ein bestimmtes Maß von Arbeit zu verrichten. Es ist ein Unterschied zwischen der Arbeit des Dillabergers und der für einen Mann ermittelten Höchstleistung, und in diesem Spielraum liegt die eigentliche Tagesleistung, deren vernünftiges Maß nur durch die praktische Erfahrung und kluge Beobachtung bestimmt werden kann, nicht aber durch die Stechuhr oder sonst ein Zeitmesswerkzeug, das nur eine kurze Zeitspanne genügt. Die Stechuhr mag die Zeit bestimmen können, in der ein Stück Arbeit gemacht werden kann, aber man kann mit ihr nicht die Länge der Zeit ermitteln, in der es getan werden sollte. An einer Maschine kann man die Operationen der Zeit nach studieren, und zwar, da bei der Berechnung alle Einzelheiten in Betracht gezogen werden können, mit einem hohen Maß von Genauigkeit. Eine Maschine ist ein lebloses Ding, sie hat weder Leben noch Gefühl und auch keinen Pöb in der sozialen Ordnung. Mit dem Arbeiter ist es eine andere Sache. Er ist ein lebendes, sich bewegendes, fühlendes und soziales Wesen, er ist berufen zum Genuß aller Rechte und Lebensmöglichkeiten und hat Anspruch auf Beachtung und Berücksichtigung wie jeder andere Mensch. Er würde aber weniger als Mensch sein, wenn er sich nicht auflehnte gegen ein System, das mit ihm umgeht wie mit einem Lasttier oder einer leblosen Maschine."

Der Bericht des Ausschusses läßt sich dann eingehend über das Wesen der Standardisierung, Systematisierung und andere, die technische Seite des Taylor-Systems betreffenden Kunstgriffe (Planning, routing etc.) aus. In seiner Zusammenfassung ist der Ausschuss der Meinung, daß das Gekitz- und Gefühlleben des Arbeiters zu veränderten und zu wenig erfahrbaren ist, um darauf sein wirtschaftliches Wohlergehen zu gründen. Die Standardisierung und Systematisierung der Arbeit könne erfolgreich eingeführt werden, ohne daß in geistiger Hinsicht abgewichen zu werden brauche von dem bisherigen Zustande, aber was die Stimulierung betreffe, so möge die Veränderung der Gehaltung, vermöge deren der Arbeiter eine höhere Leistung für denselben Lohn gebe, dem Unternehmer willkommen sein, sie sei aber nicht immer so wünschenswert für den Arbeiter. Der Ausschuss stellt sodann fest, daß von Seiten der benannten Arbeiterkategorieen ernstlichen Einwände gegen die Standardisierung und Systematisierung gemacht worden seien, aber entschieden hätten sie sich gegen die Stimulierung gewendet, und zwar deshalb, weil sie zur Schädigung der Gesundheit durch Überarbeit beitrage und weil, wenn auch die Löhne eine Zeitlang steigen möchten, die Arbeiter doch schließlich gezwungen wären, eine größere Energie aufzuwenden ohne angemessene Erhöhung des Lohnes. Weiter heißt es dann:

"Nach der Meinung des Ausschusses besteht der beste Ansporn, der die Arbeit in einem Betriebe fördern kann, darin, auf Seiten der Arbeiter den schönen Geist der Zusammenarbeit mit der Leitung zu schaffen und zu erhalten. Das kann allerdings nicht geschehen durch Beobachtung und Abgrenzung der Handgriffe des Arbeiters mit der Stechuhr, weil der Arbeiter in einem solchen Verfahren, das ihn einem Tier oder einer Maschine gleichstellt, eine Entwürdigung spürt, oder weil er eine derartige Zeitstudie als ungenau und daher als ungerecht und schädlich für sich betrachtet, oder wenn er weiß, daß sie als Grundlage für die Berechnung der Güte und den Lohn seiner Arbeit nach dieser Güte bemittelt, und daß diese Berechnung dazu dient, dem Unternehmer auf Kosten seiner Arbeiter höheren Profit zu verschaffen. Eine gerechte Stüchlohnbestimmung mag ohne Schaden die Arbeiter anspornen bei der dauernden Herstellung gleichmäßiger Stücke, vorausgesetzt, daß die Arbeiter sich zu schätzen vermögen gegen die Macht der Betriebsleitung, die sich auf sie einzeln richtet, um sie zu Leistungen über ihre Kraft anzutreiben, und vorausgesetzt ferner, daß sie, wenn der Stüchlohn einmal festgesetzt ist, sie mit Sicherheit eine Herabsetzung verhindern können, falls die Produktionsleistung sich ändert oder doch die Herabsetzung im Verhältnis halten können zu der körperlichen und geistigen Kraft, die bei der Arbeit verausgabt wird. In welcher Form die Stimulierung auch angewendet wird, muß stets Sorge getragen werden, daß die Beschaffenheit der erzeugten Güter nicht der Menge geopfert werde."

Was die Wirkung des Taylor-Systems und ähnlicher Arten der Betriebsleitung auf die Erzeugungskosten, auf die Gesundheit und Entlohnung der Arbeiter betrifft, so hält der Ausschuss das Alter der wissenschaftlichen Betriebsleitung für zu gering, um darüber mit Genauigkeit Auskunft zu geben. Die Ergebnisse, zu denen der Ausschuss in dieser Beziehung gelangte, seien zu betrachten als die logischen Schlussfolgerungen aus den Verhältnissen, wie sie angewendet oder vorgeschlagen wurden. Die Wahl des für die einzelnen Staatswerkstätten geeigneten Systems sei in weitem Umfange eine Sache der Verwaltung; der Ausschuss halte es weder für rätlich noch für förderlich, irgendwelche Vorschläge für gesetzgeberische Maßnahmen auf diesem Gebiete zu machen. Der Bericht schließt:

Bessemer war jedoch überzeugt, daß dieser Fehlschlag seinen besonderen Grund habe, daß aber sein Verfahren im Grunde doch richtig sein müsse. Geduldig und in der Stille setzte er seine Versuche fort und fand denn auch die Ursache. Durch sein Verfahren wurde aus dem Gießeln zwar Kohlenäure und Kieselsäure entfernt, aber nicht der Phosphor. Dies konnte dadurch seiner Aufmerksamkeit entgehen, daß er bei seinen ersten Versuchen eine Gießelform verwendete, die zufällig phosphorfrei war, während das von den anderen Firmen verwendete Eisen Phosphor enthielt. Er fand, daß schwedisches Eisen frei von Phosphor war und daß genügt ihm in diesem Falle. Er hatte auf die billigste Weise das reinste Eisen erzeugt. Nun kam es ihm darauf an, Stahl zu machen, der doch weiter nichts ist, als Eisen mit genug Kohlenstoff, um ihm die nötige Härte zu verleihen. Bessemer griff dann die Idee der Regulierung des Kohlenstoffes auf. Nachdem aller Kohlenstoff herausgeblasen oder -gebrannt war, setzte er die erforderliche Menge hinzu. Es handelte sich für Bessemer nunmehr darum, die Dichtigkeit, die wiederzuerstehen. Inzwischen wird ein bekanntgewordener Fehler einem Menschen schwerer anzurechnen als ein Leben in Verborgenheit. Die Firmen hielten sich zurück und wollten den Vorschlag nicht annehmen. Plötzlich kaufte Bessemer seine Lizenzen zurück, soweit er sie erlangen konnte, errichtete selber einen Betrieb und forderte für die Tonne 42 Pfund.

Bessemer's Stahl wurde eingeführt und sein Glück war gemacht. Mittlerweile erhob Kelly den Anspruch auf die Anerkennung, daß er die Erfindung zuerst gemacht habe, was in Amerika auch anerkannt wurde. 1870 wurde Bessemer mitgeteilt, daß er kein Recht darauf habe, in dieser Sache als erster zu gelten. Als aber infolge dessen für die amerikanischen Stahlfabrikanten die Gefahr entstand, für die Erlaubnis zur Ausnutzung des Verfahrens höhere Abgaben zahlen zu müssen, erhoben sie überwältigenden Protest und dadurch wurden Kelly's Ansprüche zum zweitenmal ausichtslos. Bessemer stieg auf und Kelly sank halbwegs in Vergessenheit. (Aus dem Organ des Verbandes der britischen Stahlschmelzer, Walzwerks-, Eisen-, Blech- und Eisenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.)

Wir empfehlen, wo immer möglich, in Staatsbetrieben die Vereinheitlichung der Maschinen, Werkzeuge, Schrauben u. s. w., wobei die Leitung darauf sehen soll, daß die Kosten dieser Vereinheitlichung nicht die Vorteile übersteigen, die sie mit sich bringt. Die Leitung soll ferner ihre Aufmerksamkeit der planvollen Gestaltung des Arbeitsprozesses, der Aufstellung der Maschinen, der Beschaffung der nötigen Werkzeuge und Materialien und der Ausschaltung unnötiger Bewegung und Kraft aufstellen des Arbeiters zuwenden. Sorgfames Studium der Maschinen zur Erzielung einer möglichst großen und guten Produktion. Und endlich sollte die Betriebsleitung mit allen Mitteln auf ein volles Zusammenwirken mit den Arbeitern hinwirken und sollte deshalb mit der Arbeiterchaft in der besten und offensten, freiesten und aufrichtigsten Weise verhandeln und jede denkbare Gelegenheit zur Besprechung und Beratung solcher Maßnahmen geben, die dem Wohle der Arbeiter dienen können. Zeitstudien mit der Stechuhr sollten mit den Arbeitern nicht ohne deren Zustimmung gemacht, noch sollten ihnen von oben herab Verpflichtungen auferlegt werden, die als unwürdige Zumutung gelten können. Stüchlohn mag da eingeführt werden, wo Arbeitsstücke in dauernder Wiederholung in Frage kommen, aber mit der ausdrücklichen Vereinbarung, daß der Stüchlohn nicht herabgesetzt werden darf, wenn nicht die Produktion sich wesentlich ändert. In anderen Fällen soll der gerechte Tageslohn dem höchsten in der Umgegend des Staatsbetriebes für eine ähnliche Arbeit gezahlten Lohn entsprechen, wenn nicht durch besondere vereinbarte Bonus oder Prämie eingeleitet worden ist — aber das nur unter gewissenhafter Beachtung, daß der Arbeiter volle Gelegenheit hat, sein Einkommen ohne die Gefahr der Ueberanstrengung zu erhöhen, mit der Leitung der Organisation zu verhandeln, wenn er es wünscht, und stets und leicht Zugang zu der Leitung zu haben, wenn er sein Wohlergehen für bedroht hält."

Das ist der Bericht des vom Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten eingesetzten Ausschusses, der das Taylor-System und ihm verwandte Arten der Betriebsleitung zu untersuchen hatte. Dr. Rossler, der Uebersetzer Taylors, schreibt, daß der Ausschuss sich mit den meisten der von Taylor aufgestellten Grundzüge durchaus einverstanden erklärt und nur einige ihm, dem Uebersetzer, nicht recht wesentlich erscheinende Veränderungen vorgeschlagen habe. Ich mein, der Ausschuss spricht sich in einem uns sehr wesentlich erscheinenden Punkte gegen das Taylor-System aus, in einem Punkte, den auch Taylor selbst als die Grundlage seines Systems hervorhebt und der auch vor allem den Stein des Anstoßes für die Arbeiter bildet. Taylor negiert sein System nicht zum wenigsten deshalb ein „wissenschaftliches“, weil er der Meinung ist, daß dessen Grundzüge von dem gewöhnlichen Arbeiterstande nicht begriffen werden. Der Arbeiter wird also nicht gefragt, einmal seines Unverständes, dann aber auch seines bösen Willens wegen, da Taylor in jedem Arbeiter den geborenen Dillabeger sieht, der absichtlich mit seiner Arbeitskraft zurückhält und sich deshalb auch nicht, wenn er unter feinesgleicher ist, der Anpassung an die wissenschaftliche Betriebsführung fügt. Er muß dazu gezwungen werden durch die Drohung mit der Entlassung oder er muß dazu überlistet werden durch Verheißung eines höheren Lohnes. Auf alle Fälle aber muß er allein vorgenommen und bearbeitet werden. Die Organisation der Arbeiter ist Taylor ein Grauel, weil sie die Arbeiter dabei abhält, sich der wissenschaftlichen Betriebsleitung Taylors mit Haut und Haaren, mit Muskeln und Nerven, mit Denken und Fühlen zu unterwerfen. Und gerade in diesem wesentlichen Punkte betont der Bericht des Ausschusses immer wieder das Recht des Arbeiters auf Mitbestimmung, wenn sein ganzes Ich mit Leib und Seele in Betracht kommt, betont er immer wieder den Unterschied des lebenden, denkenden und empfindenden Menschen von der toten Maschine, und betont er immer wieder den Vorrang des großen sozialen Körpers der Allgemeinheit vor dem Unternehmerprofit. Gegen die technische Verbunkelung, gegen den organisatorischen Ausbau des Arbeitsprozesses, gegen das, was Taylor Standardisierung und Systematisierung nennt, haben auch die Arbeiter nichts einzuwenden, soweit damit nicht eine Ueberanstrengung ihrer Muskel- und Nervenkräfte verbunden ist. Sie wehren sich aber vor allem gegen ihre völlige Selbstentäußerung auf einem Gebiete, wo ihre ganze Persönlichkeit in Anspruch genommen wird; sie wehren sich gegen ihre Loslösung aus ihrem Berufsverbande und gegen das Ausspielen des einen Arbeiters gegen den anderen; sie wehren sich gegen die Auslieferung an ein Heer von Aufpassern, Antreibern und Experimentierern; sie wehren sich gegen das, was Taylor Stimulation nennt und was im Grunde darauf hinausläuft, den Arbeiter bis zum Zusammenbruch auszunutzen und in ihm jede Spur von Solidarität und Selbstachtung auszulöschen. Und in diesem sehr wichtigen Punkte steht die vom Repräsentantenhaus eingesetzte Untersuchungskommission auf der Seite der Arbeiter.

Die Tarife und die Bedingungen der „Vollsfürsorge“.

Von Martin Sirkfeld, Berlin.

Auf keinem Gebiete des Versicherungswesens kam der kapitalistische Erwerbscharakter bisher so unumkehrbar zum Ausdruck, als gerade auf dem Gebiete der sogenannten „Vollsfürsorge“. Auf den übrigen Gebieten der Lebensversicherung zum Beispiel sorgte schon die Konkurrenz der großen alten Gegenseitigkeitsgesellschaften, der Stuttgarter, alten Leipziger, Kasseler und Gothaer dafür, daß auch die Altengesehlichen das sogenannte gemischte System annahmen, das heißt einen sehr erheblichen Teil der in diesen Branchen erzielten Ueberschüsse den Versicherten wieder zuteilen. So, eine dieser Altengesehlichen geht noch etwas weiter, und verspricht in dem von ihr herausgegebenen Handbuch der Lebensversicherung (im wesentlichen eine Tarifanweisung) ihren Lebensversicherten noch eine Beteiligung an dem Gewinn ihrer Branchen ohne Gewinnbeteiligung, und konstatiert als Folge dieser Gewinnbeteiligung, daß ihre Lebensversicherten infolgedessen bei ihr noch bevorzugt werden, als wenn sie eine eigene Gesellschaft nach den Grundzügen reiner Gegenseitigkeit gründen würden. Es kann hier, wo wir von den Tarifen und Bedingungen der „Vollsfürsorge“ reden wollen, nicht unsere Sache sein, zu untersuchen, welche unglücklich edlen Motive die Geschäftsinhaber der betreffenden Gesellschaften bewegen haben, ihren Lebensversicherten noch Gewinne zuzuteilen, die gar nicht aus ihren Versicherungen geflossen sind, es genügt uns hier, eine Unterfütterung unserer auch sonst noch genügend fundierten Annahme zu finden, daß auch die Vollversicherten dieser Gesellschaft zu den an die großen Lebensversicherungen überworfenen Gewinnquoten irgendwie beisteuern müßten.

Jedenfalls mag selbst diese Gesellschaft es nicht, etwa zu behaupten, daß auch ihre Vollversicherten mehr oder auch nur ebensoviele erhalten, als ihnen nach den Grundzügen der reinen Gegenseitigkeit gebühren würde.

Der Erwerbscharakter der kapitalistischen Lebensversicherung kommt natürlich nicht überall unverfälscht zum Vorschein. Es ist nicht zu leugnen, daß sie in gewisser Weise bei Ausarbeitung ihrer Tarife darauf Rücksicht nehmen, solche Kombinationen zu wählen, bei denen

der Versicherte den Wert und normalen Preis seiner Versicherung nicht abzuschätzen in der Lage sein soll. Auch das Schlem, ertragslos hohe Prämien zu erheben und dafür andererseits große Gewinne in Aussicht zu stellen, gehört in die Rubrik dieser Mittel zur Veruntreuung des Tabellandes. In dieser Hinsicht ist die „Vollsfürsorge“ in konsequenter Weise außerordentlich energisch gegen die verteilte Anwendung vielseltig im Prinzip richtigster Methoden vorgegangen, indem sie ihren Tarifberechnungen eine moderne Sterbetafel, die deutsche Volkstafel 1891 bis 1900 zugrunde legte und die Verwaltungskostenzuschläge nicht wesentlich höher wählte, als den wirklich zu erwartenden bestehenden Verwaltungskosten entspricht. Selbstverständlich folgt daraus die Pflicht, bei der Aufnahme der Versicherten vorsichtig zu sein, um eine Wassenaufnahme minderwertiger Risiken zu vermeiden. Unser Publikum wird, dessen sind wir sicher, für entsprechende Maßnahmen der „Vollsfürsorge“ Verständnis haben.

Bei entsprechender Handhabung der Aufnahme wird die „Vollsfürsorge“ natürlich Ueberschüsse erzielen. Diese fallen bei einer geeigneten nützigen Versicherungsanstalt natürlich den Versicherten wieder zu, und zwar uneingeschränkt ohne Abzüge für Affizien, Aufsichtsrats- und andere Kantienem. Doch muß bei der Beteiligung der Versicherten natürlich ein Unterschied gemacht werden insofern, als nicht jede Versicherungsform in gleichem Maße an der Erzielung der Ueberschüsse teilgenommen hat. In dieser Hinsicht ist nun zunächst ein großer Unterschied zu machen zwischen den zwei großen Gruppen, in die die „Vollsfürsorge“ ihre Versicherungen einteilt. Den Kapitalversicherungen mit festen Kapitalmonatsprämien und den Sparversicherungen. Die letztere Gruppe bedeutet, abgesehen von ganz schwächtlichen und in den Anfängen stehengebliebenen Versuchen, einer Stuttgarter Gesellschaft, eine außerordentlich interessante Neuerung, die die „Vollsfürsorge“ deshalb pflegen kann, weil sie auch in der Tariffrage nur das Interesse der Versicherten berücksichtigt und ihnen jede Versicherungsform präsentiert, die für sie Bedeutung gewinnen kann.

Zur Charakteristik dieser Form diene folgende Erläuterung. Der Versicherte zahlt zu beliebigen Zeiten beliebige Summen ein und erwirbt, sobald die Einzahlungen einen Wert von mindestens 5 M. erreicht haben, Anspruch auf Zahlung einer seinem Alter und der gewählten Kombination entsprechenden Versicherungssumme, die bestehen bleibt unabhängig davon, ob weitere Zahlungen später erfolgen oder nicht. Durch weitere Zahlungen der gleichen Art können aber natürlich jederzeit weitere Ansprüche erworben werden, und ähnlich einer sparsamen Ansammlung von Geldern, der Versicherungsanspruch allmählich steigt.

Der Sparcharakter dieser Versicherung ist stark vorwiegend und bedingt deshalb ein Zurücktreten des Risikocharakters. Ein erheblicher Aufschlag auf die Prämie zu Sicherheitszwecken schieben deshalb hier nicht erforderlich. Der Versicherte erhält also diese Versicherung schon annähernd zum Nettostoffenpreis, kann deshalb nicht dieselbe Beteiligung am Gewinn der Gesellschaft erwarten wie bei der üblichen Kapitalversicherung.

Bei dieser Versicherungsform wird vorsichtigerweise ein Gewinnanteil deshalb zunächst überhaupt nicht in Aussicht gestellt.

Eine wichtige Ergänzung erhält der Tarif durch die Einführung einer „fallenden Risikoversicherung“, die jedoch nur in Verbindung mit der Sparversicherung als Hauptversicherung geschloßt werden darf. Die im Falle des Todes des Versicherten nach diesem Tarif während der ersten zehn Jahre zahlbaren und hiermit abnehmenden Versicherungssummen sind so bemessen, daß sie die durch die Sparversicherung angesammelten steigenden Beträge auf das schädlichste ergänzen und somit diese Form zu einer fast ebenso vollkommenen Versorgungsform für die Angehörigen des Versicherten im Fall vorzeitigen Todes gestalten wie die übliche Kapitalversicherung. Dagegen kann die allmählich aufgesparte Summe bei diesem Tarif schließlich erheblich höher werden als die bei gleicher Prämie in der Kapitalversicherung erworbene Versicherungssumme. Ein Beispiel werden wir bei Besprechung der Einzeltarife durchgehen.

Die Prämien der Kapitalversicherungen, bei denen vom Moment der ersten termintlichen Prämie an sofort ein bestimmtes Kapital sichert ist, müßten wegen des höheren Risikos mit erheblichen Aufschlägen berechnet werden, berechnen dafür aber auch sofort zur Teilnahme am Gewinn der Gesellschaft. Der Versicherte erhält also die eventuell zuviel bezahlten Aufschläge ungekürzt durch Kantienem oder Art zurück und steht sich aus diesem Grunde besser als bei einer kapitalistischen Gesellschaft. Hierzu kommt ein sehr wichtiger anderer Vorteil.

Bei ihrem Bestreben, einen erheblichen Bestand an Versicherungen möglichst rasch zusammenzubringen, um so die inneren Verwaltungskosten prozentual zu vermindern, wird die „Vollsfürsorge“ doch niemals Bewaltakquisition treiben, wie das die kapitalistischen Gesellschaften tun. In deren Interesse steigt es, übermäßig hohe Akquisitionskosten ohne Rücksicht auf die Versicherten herauszuwerfen, um so den Bestand des zu erhöhen. Dies führt natürlich zur Verteuerung der einzelnen Versicherung, welche ihren Anteil an den unnützlich gestiegenen Akquisitionskosten natürlich tragen muß. Dies ist der wichtigste Grund, weshalb die Versicherungen der „Vollsfürsorge“ sich billiger gestalten müssen als bei den kapitalistischen Gesellschaften.

Die „Vollsfürsorge“ bietet uns für diese Versicherungsform eine Reihe von Tarifkombinationen, die es in reichlicher Weise gestattet, Auswähl zu treffen. Von den bekannten Tarifkombinationen der kapitalistischen Gesellschaften fehlt nur die Todesfallversicherung mit lebenslänglicher Prämienzahlung, und das mit Recht, eine Prämienzahlungsdauer von höchstens 40 Jahren ist den Bedürfnissen der unteren Volksklassen bedeutend besser angepaßt. Die „Vollsfürsorge“ sieht für ihre beiden Haupttarife (Tarif I) reine Todesfallversicherung mit abgekürzter Prämienzahlung und Tarif II Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall, die Prämienzahlungen respektive Versicherungsdauer von 15, 20, 25, 30, 35, 40 Jahren vor. Für einen britischen Tarif (Tarif III), bei welchem das Kapital beim Tode spätestens bei Erreichung des 65., 60., 55., 50., 45., 40. Lebensjahres fällig wird, ist lediglich die zehnjährige Prämienzahlungsdauer vorgesehen.

Es sind also bei Tarif I und II lediglich die runden (durch 5 teilbaren) Versicherungszetten, bei Tarif III lediglich die runden Endalter vorgesehen. Summieren bedeutet dies bereits eine Fülle von Kombinationen, von der das Dichterwort gilt: „Wer vieles bringt, wird jechem etwas bringen.“

Ein besonderer Tarif IV mußte für die Kinderversicherung geschaffen werden, weil hier das Gesetz über den Versicherungsvertrag bis zum erreichten Alter von 7 Jahren die Uebernahme des Todesfallrisikos stark beschränkt. Diesen Bestimmungen mußte sich die „Vollsfürsorge“ anpassen. In Aussicht nehmen die Kinderversicherungstarife der „Vollsfürsorge“ als Ende der Prämienzahlungsdauer das 15. Lebensjahr. Stirbt das versicherte Kind vor Erreichung eines Alters von 7 Jahren, so werden nur die eingezahlten Prämien zurückgewährt. Das Kapital wird bei Ablauf der Prämienzahlungsdauer zur einen Hälfte, bei Erreichung des 20., 25. oder 30. Lebensjahres je nach Wahl des besondern Tarifes zur andern Hälfte fällig.

Auch für die Kinderversicherung besteht außer der Form der Kapitalversicherung Tarif IV die Form der Sparversicherung Tarif V.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 16. Novbr. der 47. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 22. November 1913 fällig ist.

Die Bestellungen auf die im Jahre 1913 zu Ende gehenden Mitgliedsbücher sind so zeitig vorzunehmen, daß die Einkampfung der betreffenden Nummern in die Mitgliedsbücher keinen Aufschub erleidet. Zur Bestellung der auszufertigenden zweiten und dritten Bücher bedarf es der Angabe der Hauptnummer, des Vornamens, des Berufs, des Geburtsortes und -tages sowie des Tages des Eintrittes des Buchinhabers.

Die Bestellungen können nur erledigt werden, wenn für jedes zweite oder dritte Buch ein Beitrittschein, genau und deutlich ausgefüllt, eingekampt wird. Die bestellten Bücher werden alsdann mit der Hauptnummer versehen den Verwaltungsstellen zum Zwecke der Ausfertigung zugesandt.

Bestellungen auf eine Anzahl Bücher mit dem Bemerkten, daß die Hauptnummern an Orte eingekampft und uns später die Beitrittscheine zugesandt werden, können nicht erledigt werden.

Die Eintragung der Unterscheidungsbezüge, auf die bei der Beitragsleistung zu verwenden ist, hat in der Weise zu geschehen, daß die Beträge bis zum 14. August 1912 summarisch, die einzelnen Unterscheidungsarten jedoch getrennt aufzuführen sind. Vom 15. August 1912 an sind die Bezüge einzeln unter genauer Angabe der Bezugszeit und des Ausgabtags einzutragen. Geschieht das nicht, dann läßt sich nicht zurückrechnen, ob und wann das Mitglied beim Bezug weiterer Unterscheidung ausgefüllt ist.

Die Zahl der geklebten beitragsfreien Marken (bei Arbeitslosigkeit, Krankheit) und sonstiger Beitragsbefreiung (bei militärischer Dienstleistung, Aufenthalt im Ausland) ist genau zu notieren und an der hierfür vorgesehenen Stelle auf Seite 2 der neuen Mitgliedsbücher zu vermerken. Sind beitragsfreie Marken innerhalb der letzten 72 Wochen, also vom 14. August 1912 an geklebt, so ist auch die Zeit anzugeben, in der sie geklebt wurden, zum Beispiel von der ... bis zur ... Woche 19 ...

Die abgelieferten ausgebrauchten Mitgliedsbücher dürfen, um Mißbrauch zu verhüten, an die betreffenden Mitglieder nicht wieder ausgehändigt werden. Sie sind vielmehr bis nach erfolgter Ausfertigung aller in der Verwaltungsstelle benötigten zweiten und dritten Bücher aufzubewahren, alsdann der Gesamtverwaltungsstelle zur Kontrolle vorzulegen und unter Aufsicht der Verwaltungsstellenmitglieder zu vernichten. Zur Erleichterung der Kontrolle hat der mit der Ausstellung der zweiten und dritten Bücher von der Ortsverwaltung Beauftragte eine genaue Liste über die ausgegebenen Bücher zu führen und die Personalien der Inhaber in dieselbe einzutragen. Die Liste ist zum Zwecke eventueller Nachprüfung am Orte aufzubewahren.

Zur Erleichterung der Feststellung der Buchnummern, die im Ablauf dieses Jahres zu versehen sind, empfiehlt es sich, wenn sich die Ortsverwaltungen alle mit Jahresabschluss 1913 ablaufenden Mitgliedsbücher aus ihrer Mitgliederliste jetzt schon ausziehen und die Eigentümer der betreffenden Buchnummern auffordern, ihr Mitgliedsbuch bei der Ortsverwaltung zur Einsichtnahme vorzulegen. Die Mitglieder werden ersucht, den Ortsverwaltungen und Geschäftsführern diese Arbeit der Feststellung möglichst zu erleichtern. Wir bemerken dazu, daß die Ausfertigung von Ersatz-Mitgliedsbüchern entsprechend den Bestimmungen des § 21 Absatz 1a des Statuts nur innerhalb sechs Wochen des ersten Quartals 1914 spätestens erfolgen kann. Nach Ablauf dieser Frist eingehende Anträge auf Ausfertigung von zweiten und dritten Büchern können nicht mehr berücksichtigt werden.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Osnabrück:
Der Spengler Franz Sanger, geb. am 12. Dezember 1888 zu Leitmeritz, Buch-Nr. 2, wegen Diebstahl und Betrug;
Der Metallarbeiter Heinz Treutle, geb. am 27. September 1896 zu Saalfeld, Buch-Nr. 2,287311, wegen Diebstahl.

Für nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schmiedeburg:
Der Schlosser Otto Ebert, geb. am 20. November 1875 zu Jwoidau, Buch-Nr. 979892, wegen Denunziation.
Auf Antrag der Bezirksleitung des 9. Bezirks:
Der Metallarbeiter Joh. Amman, geb. am 20. Dezember 1885 zu Weidensheim, Buch-Nr. 1,545807, wegen Schädigung von Verbandsinteressen;
Der Metallarbeiter Philipp Kaiser, geb. am 6. April 1880 zu Ruppach, Buch-Nr. 982267, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Aufforderung zur Rechtsfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Amberg:
Der Schlosser Wilh. Andersen, geb. am 24. September 1892 zu Hamburg, Buch-Nr. 1,665869, wegen Diebstahl.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wecham:
Der Metallarbeiter Johann Eitel, geb. am 6. Januar 1890 zu Großweingarten, Buch-Nr. 1,745418, wegen unlegalem Verhalten. Die Verwaltungen werden ersucht, sobald sich bei Genannte meldet, dessen Adresse anzugeben.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Chemnitz:
Der Fabrikarbeiter Rich. Forberg, geb. am 22. Aug. 1876 zu Dichtenwalde, Buch-Nr. 1,766090, wegen Schädigung von Verbandsinteressen;
Der Former Walter Hofmann, geb. am 3. März 1895 zu Chemnitz, Buch-Nr. 1,770791, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Oberwald:
Der Handagist Herm. Adlung, geb. am 13. Aug. 1855 zu Kainhofen, Buch-Nr. 509738, wegen Manipulationen mit dem Mitgliedsbuch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Eisenach:
Der Schleifer Karl Stein, geb. am 26. September 1888 zu Eisenach, Buch-Nr. 1,884566, wegen Betrug.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Großenhain:
Der Maschinenmacher Oskar Reichel, geb. am 2. Juli 1890 zu Ruffin, Buch-Nr. 2,196640, wegen Markenmanipulation.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamburg:
Der Kesselschmied Rich. Güther, geb. am 15. März 1889 zu Grimnitz, Buch-Nr. 1,374942, wegen Fälschungen im Mitgliedsbuch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Garburg (Obe):
Der Maschinenmacher Alois Großebau, geb. am 6. März 1891 zu Reimers, Buch-Nr. 1,284794, wegen unlegalem Verhalten.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Weidensheim:
Der Schlosser Georg Schared, geb. am 13. April 1884 zu Ruppach, Buch-Nr. 320160, wegen Betrug.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adickstraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Adickstraße 16a; auf dem Postfach ist genau zu bemerken, wofür das Geld verwendet ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Sobiel zur Charakterisierung der Tarife im allgemeinen. Die große Ueberlegenheit gemeinnütziger Unternehmungen über kapitalistische Erwerbsinstitute auf dem Versicherungsgebiete kommt in rein formalen Bestimmungen der Tarife nur zum kleinsten Teil zum Ausdruck. Die Vorgänge in Verwaltung, Inzasso und Propaganda können erst in der Jahresbilanz und den den Versicherten wieder zulegenden Gewinnanteilen voll zum Ausdruck kommen. Wir sind weit entfernt davon, für unsere Erklärung auf diesem Gebiete Vorwurfsförmigkeiten erheben zu wollen und versagen es uns daher, schon jetzt in dieser Beziehung Abschätzungen vorzunehmen. Die Tarife zeigen jedoch in einem Punkte sehr deutlich die Ueberlegenheit des Prinzips der Gemeinnützigkeit, es ist die Präsentierung von Tarifen, an denen die kapitalistischen Gesellschaften, weil sie für die Gesellschaften selbst nicht gewinnbringend zu werden versprochen, achlos oder gar mit verächtlich geringem Eifer vorübergehen. Diese Gesellschaften wollen Versicherungsformen mit hohem Risiko, weil sie dann leichter auch hohe Aufschläge und Gewinne rechtfertigen können. Sie schlagen dem Publikum daher stets nur die Kapitalversicherung vor. Anders die „Vollversicherung“. Sie konnte dem Publikum sofort eine klar wertig Gebotnis versprechen, den Sparcharakter der Versicherung dafür aber verstärkende Kombination vorlegen. Es wird sich zeigen müssen, wie weit diese Form den Wünschen des Publikums entspricht.

In den weiteren Artikeln wollen wir die Tarife mehr in ihren Einzelheiten betrachten.

Aus den einzelnen Branchen.

Diamantarbeiter.

Der vierte Kongreß des Weltverbandes der Diamantarbeiter tagte vom 26. bis zum 30. Oktober in Antwerpen. Aus allen dem Verband angeschlossenen Zentren der Diamantindustrie waren Vertreter erschienen, so aus Holland, Belgien, Frankreich, Deutschland, aus der Schweiz, aus England und Amerika. Deutschland war vertreten durch die Genossen Hamburger und Graf (Graf), Heilmann (Erdach), Eberling und Dreher (Zbad), Ehler (Frankfurt a. M.) und Massafsch (Stuttgart). Die Leitung des Kongresses lag in den Händen des Vorsitzenden des Weltverbandes, Henry Polak, der in seiner Eröffnungsrede einer Ueberblick über die Geschicke seit dem letzten Kongresse gab. Er verwies auf die Schwierigkeiten, die durch die Streitigkeiten in Antwerpen entstanden sind, die die Tätigkeit des Sekretariats, das dreimal seine Beamten wechselte, außerordentlich erschwert haben. Das ließe auch die mangelhafte Vorbereitung des Kongresses und des internationalen Berichtes begründet erscheinen. In bezug auf Antwerpen, das doch das Zentrum der Diamantindustrie ist, enthalte der Bericht fast keinerlei Mitteilungen. Dies holte der Redner nach, indem er auf die Einführung des Achtfundentages hinwies, ferner auf die Ergebnisse der von der Antwerpener Schlichtungsorganisation gemeinsam mit den Unternehmern erteilten Forderung, worauf er die allgemeine Geschäftslage schilderte. Vor allen Dingen habe der Kongreß dafür zu sorgen, daß Maßnahmen ergreifen werden, um die Gefahren, die durch die Ueberhandnahme der unorganisierten Konkurrenz entstanden sind, auf ein Minimum herabzumindern.

Die Diskussion, die sich daran schloß, beschäftigte sich zunächst mit den Mängeln, die der vorgelegte jährliche Bericht aufwies. Einige Delegierte ergänzten ihn durch mündliche Berichterstattung über ihre Zentren, andere stellten im Bericht enthaltene Fehler richtig. Im allgemeinen zeigte die Diskussion, daß sich die Folgen der nun schon so lange anhaltenden Geschäftslage in allen Zentren mehr oder weniger auch auf die Arbeitsverhältnisse geltend gemacht haben. Am besten hat sich Antwerpen mit seiner guten und starken Organisation gehalten. In Belgien gelang es den Unternehmern mit Hilfe der Gemeinden und des Meers, auf dem Lande eine Industrie zu schaffen, die dem Einfluß der Organisation völlig entzogen war; dazu kamen innere Streitigkeiten in Antwerpen selbst, die schließlich bis zur Spaltung der dortigen Organisation führten. Erst nach harten Bemühungen gelang es dem Eingreifen des Bundesvorstandes, den Streit zu schlichten und die nötige Einheit wieder herzustellen.

Von den deutschen Vertretern sprach in der Diskussion zuerst der Kollege Massafsch. Auch er meinte, daß der jährliche Bericht manches vermissen lasse, was zur Orientierung nötig sei. Wichtigere als eine Kritik des Berichtes könne ihm aber eine Aussprache über die Geschäftslage und die dazu nötige Stellungnahme des Kongresses. Wenn es den deutschen Diamantarbeitern auch gelungen sei, trotz der schweren Krise ihre Tarife zu halten, so war dies doch nur unter großen Anstrengungen möglich und hat eine Reihe von Kämpfen gekostet. Der Einfluß der Deutschen auf die Festsetzung von Tarifen in Südwestschweiz auf die allgemeine Geschäftslage ansäße, sei entsprechend dieser Förderung ein sehr wichtiger. Seit Bestehen der deutschen Diamantregie seien an Diamanten gefördert worden:

1909/10	483266	Karat, Erlds dafür	16,57	Millionen Karat
1910/11	846685	=	21,39	=
1911/12	773292	=	20,90	=
1912/13	1001729	=	26,49	=

Es sei festgestellt, daß die Menge der im Jahre 1913 bei der Regie eingelieferten Diamanten weiter angewachsen ist. Es werde behauptet, daß, wenn keine nennenswerte Förderungsbeschränkung eintrete, sie für dieses Geschäftsjahr sogar den bisher nie erreichten Umfang von 1 1/2 Millionen Karat erreichen werde. Die Bedeutung der steigenden Förderung deutsch-fürstlich-schweizerischer Diamanten komme am besten zur Geltung, wenn man vergleiche, daß Britisch-Schweiz im Jahre 1911 etwa 4,89 Millionen Karat und im ersten Halbjahr 1912 2,39 Millionen Karat Diamanten gefördert hat. Demas ergebe sich, daß der deutsche Anteil an der Weltproduktion fastgeheißt im Steigen begriffen ist. Redner wies dann auf die Differenzen im Ausschüßrat der deutschen Diamantregie hin; die Vertreter der Großhändler unter Leitung von Karl Fürstberg, Direktor der Berliner Handels-Gesellschaft, seien für Einschränkung der Förderung, die im Ausschüßrat vertretenen Förderer aber dagegen. Wegen dieser Differenzen hat Karl Fürstberg bereits seinen Posten als Vorsitzender des Ausschüßrates niedergelegt. Ersterer vertreten den Standpunkt, daß die Verhältnisse jetzt zu liegen, daß ohne eine Einschränkung der Förderung kaum mehr ausgemacht sei, da der Markt nicht in unbegrenzter Menge mit Diamanten überflutet werden dürfe, denn dies würde einen allgemeinen Rückgang für die gesamte Diamantindustrie bedingen. Die Gegenpartei meinte ein, die gebildete Lage, in der sich das Antwerpener Schlichtungsamt befinde (was bekanntlich die deutsche Förderung auch dieses Jahr im Sonderausmaß wieder erhöhen hat), sei selbst jetzt an dieser gebildeten Lage, denn es habe, damit ihm die deutsche Förderung gleiche, 500 000 Karat deutscher Diamanten ausgeführt und damit alle Subventionen abgegriffen. Für die Diamantarbeiter aller Länder und besonders für die deutschen Diamantarbeiter lasse die Frage auf, ob sie nun einer Einschränkung der Förderung folgen sollten. Es habe sich gezeigt, daß durch Ueberflutung des Marktes die Herstellung von Schmuckstücken, verbunden mit Preisverfall, in Deutschland nur durch die ganz energische Aufregung der deutschen Diamantarbeiter und mit teilweise abgewiesenen werden konnte. Man müsse verlangen vom Vorstand des Weltverbandes der Diamantarbeiter, der in der Lage sei, die allgemeine Geschäftslage der Diamantindustrie der ganzen Welt zu übersehen, Kenntnis darüber, ob die Forderung der deutschen Diamantarbeiter, eine Förderungsbeschränkung sei für sie eher von Nutzen, als die unbegrenzte Förderung, die

Im weiteren Verlauf der Diskussion nahm auch Kollege Ehler das Wort, um besonders die Art zu schildern, wie gerade die Agenten des Antwerpener Schlichtungsamtes verfahren, die deutschen Tarife in Deutschland unter Lorispfeifen schleifen zu lassen. Kein deutscher Unternehmer habe mehr auf die Schleifpreise gedrückt, als dies durch das Antwerpener Schlichtungsamt geschehen sei. Redner gab ein Bild der jetzigen Situation in Deutschland und ersuchte den Kongreß um eine Willensäußerung zu der von Massafsch angeschnittenen Frage, ob eine Einschränkung der Förderung im Interesse der Arbeiter gelegen sei. Die deutschen Diamantarbeiter würden bemüht sein, im Sinne einer Regelung der deutschen Förderung zu wirken und es wäre gut, wenn es vom Kongreß ausgesprochen würde, daß die Arbeiter der ganzen Industrie auch in dieser Frage einig seien. Zur Frage der Berichterstattung auf dem Kongreß und der internationalen Verständigung überhaupt ist Ehler mit dem Vorsitzenden darin einig, daß man dem in Nebenamt tätigen Sekretär keine Normirung machen könne. Es sei eben eine andere Regelung der Frage nötig. Mehr noch als die Berichterstattung auf Kongressen erfordert die internationale Verständigung und die feste Aufrechterhaltung unter Föhlung der Zentren untereinander die volle Arbeitskraft eines Mannes; das könne man nicht im Nebenamt machen. Redner stellte daher im Einverständnis mit der deutschen Delegation den Antrag, daß der Vorstand des Weltverbandes beauftragt werde, die Frage der Anstellung eines festbesoldeten Sekretärs für den Weltbund zu prüfen und die Anstellung zu regeln.

Der Vorsitzende des Weltverbandes, Henry Polak (Amsterdam), führte zu den von der deutschen Delegation angeschnittenen Fragen ungefähr aus: Wir können unseren deutschen Kameraden dankbar sein, daß sie diese Fragen angeschnitten haben, wodurch sie uns um unsere Meinung zur jetzigen Geschäftslage und über Ursachen und Wirkungen des Verfalls der deutschen Diamantregie befragten. Da diese Frage wichtig genug ist, gehört sie hier näher besprochen. Die ersten Diamantenfunde wurden in Ostindien-Südwestschweiz erst 1907 gemacht und die deutsche Diamantregie wurde 1908 geschaffen. Deren Vorstand setzte sich erst aus Vertretern einiger Großhändler und der Regierung zusammen. Nach verschiedenen mündlichen Versuchen, die gefährdeten Diamanten selbst auf den Markt zu bringen und zu verkaufen, schloß die Regie mit einem Konsortium in Antwerpen, der Firma Soetermans, Wall en Krin & Bouters einen Vertrag ab, wonach diesem Konsortium das Monopol zum Bezug und der Veräußerung der Diamanten der deutschen Regie von Jahr zu Jahr ausgestellt wurde; es wurde ihr auch von Jahr zu Jahr erneuert. Die von Massafsch angeschnittenen Zahlen über die fortgesetzte Steigerung der deutschen Förderung sind richtig. Das Antwerpener Konsortium kann zurzeit von der deutschen Regie monatlich 100 000 Karat Steine beziehen. Die Depression in unserer Industrie hält an. Das Antwerpener Schlichtungsamt hat eine Masse unverkaufter Diamanten auf Lager und bekommt jeden Monat 100 000 Karat dazu. Daß das ein ungesunder Zustand ist, muß jedem, der einermassen die Lage übersehen kann, einleuchten. Dies hat auch Direktor Koel Jürstberg eingesehen und daher eine Einschränkung der Förderung vorgeschlagen. Da die im Ausschüßrat der Regie befindlichen Förderer nicht mitwachen wollten, hat er seinen Posten als Vorsitzender niedergelegt. Dies zeigt, daß er die Frage der Einschränkung für wichtig hält, und sie ist es auch. Nicht nur die Einschränkung, sondern eine allgemeine Einstellung der Förderung auf einige Monate wäre wünschenswert und zweckmäßig. — Polak schloß seine Ausführungen mit folgenden Worten: Es ist also nicht zu verkennen, daß die zunehmende Verschlechterung des Diamantenmarktes mit auf die außergewöhnliche Anhäufung von Rohware zurückzuführen ist. In der Hauptsache ist diese Erscheinung hervorgerufen worden durch die uneingeschränkte Förderung deutscher Ware in Südwestschweiz. Wie das noch werden soll, kann man nicht voraussagen, aber gewiß ist, daß diese andauernde Vermehrung des Rohlagers selbst einen ausnahmsfähigen Markt in schrittweiser Weise beeinflussen muß, bei der heutigen Situation aber noch sehr unliebsame Ueberflutungen herbeiführen kann. Jetzt haben unsere deutschen Kameraden mit der Meinung, daß Hilfe, soweit solche möglich ist, nur von einer Einschränkung der Förderung deutscher Ware erwartet werden kann und daß es im Interesse der ganzen Industrie gelegen wäre, wenn Deutschland eine zweckentsprechende und dauernde Regelung seiner Diamantförderung vornehmen würde. In erster Linie aber haben die Diamantarbeiter, und vor allem die deutschen, ein großes Interesse an einer solchen Regelung, weil sie ja unter den gefährlichsten Verhältnissen am meisten zu leiden hatten und auch noch zu leiden haben. Es kann uns daher nur recht sein, wenn der Deutsche Metallarbeiter-Verband in genanntem Sinne zu wirken sucht, und ich stelle ausdrücklich die Zustimmung des Kongresses, und damit der gesamten Diamantarbeiter der ganzen Welt fest zu der Absicht unserer deutschen Kollegen, für eine gesunde Beschränkung der deutschen Förderung zu wirken.

Der Antrag auf Anstellung eines Sekretärs wurde hierauf mit 124 gegen 89 Stimmen angenommen. Ferner wurde beschlossen, den nächsten Kongreß in St. Claude abzuhalten.

Der Passenbericht wurde genehmigt und dem Kassierer Decharge erteilt.

Eine eingehende Diskussion rief der Antrag Antwerpen hervor. Dieser verlangt, daß die außerhalb Antwerpens in Belgien bestehenden Organisationen anerkannt und in den Weltverband aufgenommen werden sollen, und daß an den Orten, wo der Vorstand dies als notwendig betrachtet, neue Organisationen zu gründen sind. Es handelt sich hierbei um die auf dem Lande in Belgien entstandene neue Industrie, die eine große Ausdehnung genommen hat und deren Arbeiter bis jetzt nicht oder nur ungenügend organisiert waren. Nach eingehender Begründung durch die Antwerpener Delegierten wurde der Antrag angenommen. Einige damit in Verbindung stehende Anträge, die den Uebertritt solcher Arbeiter an anderen Orten regeln sollten, wurden zurückgezogen. Der Antrag auf Anstellung eines Propagandisten für Belgien wurde abgelehnt; es soll Sache der Antwerpener Organisation sein, diese Frage zu regeln. Der Posten eines Vertreters in Deutschland, der zugleich als Propagandist für die Schweiz tätig war, wird nach einer entsprechenden Erklärung der deutschen Kollegen mit deren Einverständnis aufgehoben.

Angenommen wurde ein Antrag des Vorstandes, nach dem sich die belgischen Organisationen zu einem Nationalverband zusammenschließen sollen. Ein gleichlautender Antrag für Frankreich fand den Widerspruch der französischen Delegierten. Nach der Begründung des Vorstandes bestanden sich dort verschiedene Organisations mit verschiedenen Beiträgen, verschiedenen Statuten, ohne jede Föhlung miteinander, bei der weiß lichetlich keinen Beiträgen schuldig, aus eigener Kraft Kämpfe zu führen. Dielem Zustand sollte durch Schaffung eines Nationalverbandes ein Ende bereitet werden. Dagegen wandten die französischen Delegierten ein, daß die Schließung des Verbandes übertrieben sei, daß sie überall befreit seien, die Beiträge zu erhöhen. Man könne einen Ort nicht zwingen, sich den Statuten eines anderen zu unterwerfen, das wäre die Vernichtung der Autonomie. Die Leitung von einer Zentrale aus bei den großen Entfernungen nicht möglich. Auch die Erziehung der Arbeiter zur sozialen Revolution würde darunter leiden. Die Durchföhrung eines solchen Kongreßbeschlusses sei in Frankreich unmöglich. Nach einer sehr interessanten Diskussion, bei der Kollege Ehler den Standpunkt der Deutschen verteil, wurde folgender Beschluß gefaßt: Der Kongreß empfiehlt den französischen Kameraden die Schließung eines nationalen Landesverbandes und beauftragt den Vorstand des Weltverbandes, zu diesem Zwecke baldmöglichst einen Kongreß der französischen Zentren zu veranstalten. — Ein Antrag Genes auf Schaffung einer zentralen Arbeitsbarje wurde nach Ermittlungen des Vorsitzenden gegenstandslos und daher zurückgezogen.

Hierauf erfolgte die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. — Damit war die Tagesordnung erledigt. Nach fünfjähriger Arbeit wurde der Kongreß geschlossen.

Quittung

über die vom 1. bis 31. Oktober 1913 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

- Von Nachen 1500 M. Aachen 25. Altsenburg 3000. Altmasser 800. Amberg 400. Apolda 400. Artern 500. Auguste 200. Barth 200. Bausen 2100. Bernburg 1000. Biberach 50. Bochum 1600. Braze 700. Braunschweig 5000. Bremen 8000. Bremerhaven 33 000. Breslau 2000. Brieg 200. Brunsbüttelhafen 400. Burg 200. Burgstädt 800. Chemnitz 15 000. Crailsheim 100. Crummitzschau 1000. Darmstadt 4000. Delmenhorst 400. Dessau 5347. Diebenhofen 400. Döbeln 800. Duisburg 1600. Düren 300. Ebersbach 350. Eberstadt 165. Eilenburg 600. Eintracht-Nordenham 800. Eisenach 2500. Elmshorn 500. Emden 800. Emmerich 134,28. Erbach 300. Erfurt 2000. Erlangen 600. Essen 5000. GutsMuths 150. Glesburg 8000. Frankenthal 3400. Freiburg 600. Freising 150. Freudenstadt 30. Friedrichshafen 700. Furthwangen 100. Gelsenkirchen 2700. Glas 100. Glauchau 1400. Glogau 187,68. Goll-Lichten 500. Göttingen 3500. Göttingen 680. Göttingen 400. Grieswald 200. Grimma 500. Gröna 550. Gumbinnen 333,85. Gundersleben 200. Hagau 6000. Hainichen 200. Halle 2000. Hameln 800. Hamm 1000. Heide 150. Heidenheim 1200. Henningsdorf 500. Herzbrunn 400. Hildesheim 900. Hirschberg 550. Hohenstein-Ernstthal 900. Höhr-Grenzhausen 50. Hüttershausen 1000. Jferlohn 3000. Jena 4000. Kassel 3200. Kempfen 200. Kirchhain 400. Kitzingen 300. Königsberg 3000. Köfeln 300. Krefeld 3000. Kitzin 200. Lohr 50. Landsberg a. S. 100. Landsberg a. W. 400. Landshut 500. Laupheim 40. Limbach 1500. Löbau 160. Lübeck 3000. Lübz 150. Lugau 300. Markt-Anstalt 500. Meißen 3500. Meitmann 400. Meß 200. Meiningen 200. Meuselwitz 300. Miltzhausen i. S. 600. Meise 400. Neubrandenburg 100. Neu-Ruppin 100. Neusalz 100. Neustadt a. S. 800. Nürnberg 8000. Norden 200. Nordhausen 2000. Roffen 250. Rürnberg 2000. Rürtingen 200. Rüdernsdorf 500. Offenbach 3500. Oggersheim 300. Oberndorf 200. Odranienburg 200. Oßersleben 200. Oeynhausen 200. Pegnitz 300. Pfarrkirchen 100. Pfungstadt 170. Pirmasens 272. Plauen 2000. Pölkau 500. Queßlinburg 2500. Rabenberg 1000. Radolfszell 221,26. Raguhn 300. Ravensburg 400. Regensburg 500. Reichenhall 100. Remscheid 5900. Reife 1500. Rößlich 100. Roßlau 400. Rostock 300. Roth a. S. 200. Rothenburg 100. Rühlau 800. Rühlau 100. Stegen 450. Singen 800. Solingen 5000. Soltau 250. Speyer 200. Sprottau 500. Sülz 162. Schmalzthalen 600. Schmeiberg 500. Schmölln 600. Schneidemühl 80. Schweidnitz 500. Schwenningen 800. Schwelm 200. Stargard 220. Staßfurt 1200. Stendal 400. Stettin 30 000. Straßburg 5000. Striegau 231,28. Teitling 30. Thorn 150. Torgau 200. Tübingen 150. Ulm 600. Velbert 2000. Waldsüt 186,80. Wallau 130. Waltershausen 500. Weimar 600. Wernigerode 400. Wehr 600. Wismar 800. Witten-Annen 2700. Wittenberg 800. Wittenberge 1200. Wolfenbüttel 1500. Werba 3000. Würzen 1300. Zeitz 1600. Zittau 800. Zittau 800. Zorge 350. Zuffenhausen 356. Stuttgart (Eingelmitglieder) 200. Für Erfahrungs 116,40. Sonstige Einnahmen 165,80 M.

Für die serbischen und bulgarischen Metallarbeiter gingen ein von: Altenburg 200 M. Eisen 100. Frankenthal 100. Gelebsberg 50. Hanau 50. Kassel 100. Köln 200. Magdeburg 500. Mainz 100. Schweinfurt 50. Wilhelmshafen 100. Zwickau 50 M.

Die Verwaltungen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten. Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugang ist fernzulegen:

- von Draht- u. Blechwalzern nach Differdingen (Fa. D. L. Bergwerks- und Hütten-W.G.) L.;
- von Elektrikern nach Erfurt (Fa. Vita G. m. b. H.) R.;
- von Elektromotoren nach Haag in Holland, St.;
- von Feilenhauern u. Feilenschleifern nach Gera (Firma Richard Fuß) nach Mühlheim a. Ruhr (Fa. G. Henig) D.;
- von Feuern, Gießereiarbeitern und Kermachern nach Berlin-Lichtenberg (Firma Hugo Hartung, W.-G.) St.; nach Chemnitz-Schöna (Firma Max Neubert) R.; nach Darmstadt (Gebr. Höder) nach Neuenbürg bei Pforzheim (Wügelisenfabrik) St. u. W.; nach Salzwedel (Firma Müller) R.; nach Sandau bei Bismarck-Lepa, St.; nach Stanger in Norwegen (Firma Elektrostahlwerk) R.; nach Zwickau;
- von Gold-, Silberarbeitern und Juwelieren nach Hamburg (Firma Wild) D.; nach Wien, D.;
- von Graveuren und Ziselieren nach Frankenberg i. S. (Firma Aug. Dippmann & Co.);
- von Heizungsmonteurern und Helfern nach Chemnitz, St.;
- von Installateuren nach Wiesbaden (Fa. Döfler) W.;
- von Klempnern, Installateuren und Rohrlegern nach Jfenburg bei Frankfurt a. M. (Firmen Petri u. Siebert); nach Plauen (Firma Schuster) St.; nach Schwarzenberg i. S. (Firma Louis Krauß) St.; nach Sprendlingen b. Frankfurt a. M. (Firma Petri); nach Swinemünde (Firma Kruse Nachfolger W. Böhm) D.;
- von Kupferschmiedern nach Chemnitz, St.;
- von Mechanikern nach Frankfurt a. M. (Fa. Schneider & Naujoks);
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Amsterdamm (Hertz & Co.) St.; nach Aschersleben (Maschinenbauanstalt, W.-G.) St.; nach Bergeborf (Fa. Kastram, Motorenfabrik) St.; nach Bochum (Firma Mummendorf & Stegemann); nach Borbeck (Borbecker Zink) W.; nach Darmstadt (Gebr. Höder); nach Eger (Premierfahrzadm.) St.; nach Frankenberg i. S. (Fa. A. Dippmann & Co.) St.; nach Neuenbürg bei Pforzheim (Wügelisenfabrik) St.; nach Schöneck bei Pforzheim in Wöhmen (Kugellagerwerke Fichtel & Sachs); nach Wald bei Solingen (Fa. Karl Prinz vorm. Hermes & Jeyen); nach Wittenhausen, St.;
- von Schleifern nach Erfurt (Fa. Vita G. m. b. H.) R.; nach Neuenbürg bei Pforzheim (Wügelisenfabrik) St.; nach Solingen (Firma Christmann) D.;
- von Schlossern nach Frankfurt a. M. (Fa. Schneider & Naujoks).

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; W.: Aufsperzung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkordreduktion u. s. w.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Übersetzung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verhandlungsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Erfurt. Schon lange hatten wir die Absicht, die Zustände in den Erfurter Betrieben zu kritisieren, aber immer fehlten wir den Raum in unserm Organ für zu lastbar zu diesem Zweck. Nur der Not gehorchend, nicht herr eigenen Erlebe, müssen wir uns nun doch mit den Erfurter Buden beschäftigen, speziell mit der Firma Müller. In dieser Bude ist ein ewiges Kommen und Gehen, Herr Müller ist ländiger Inhaber in Meffer und Feile, auch in der Metallarbeiter-Zeitung suchte er Arbeiter (unter Schiffe). Trotzdem hat er niemals genügend Arbeitskräfte. Die Betriebsverhältnisse erklären diesen Zustand. In der Werkstatt stehen drei Hammerstühle, wovon zwei schon längst ohne einen Eisen gehören. Wenn stehen diese Maschinen so eng aneinander, daß es einer gewissen körperlichen Gewandtheit bedarf, um nur an den Arbeitsplatz zu kommen.

Das Werkzeug befindet sich in einem schlechten Zustand. In der Schleifer daselbe Krauspiel. Schleiferei und Härterei mit Schmiedefeuer und Anlaufschiff befinden sich in einem Raum; Rauch und Staub lagern den ganzen Tag in der Werkstatt. Die Behandlung — na, reden wir lieber nicht darüber, knigges Umgang mit Menschen ist ihr nicht zugrunde gelegt. Infolge von Versprechungen kommen die Kollegen nach Erfurt, jedoch bald ziehen sie enttäuscht wieder von dannen. Herr Müller sorgt immer für genügenden Ersatz der abgehenden Kollegen. Kommt der neueingetretene Kollege in die unermesslichen Differenzen, so zeigt ihm Müller ein Arbeitsangebot, das auf sein Inzerat eingegangen ist. Den Namen des Arbeitsuchenden bedeckt er mit dem Daumen, der Kollege verfehlt den Wind mit dem Zampfahl und arbeitet enttoreber zu einem geringen Lohn ober er macht die Werkstatt von draußen zu. Trotz der mangelhaften Betriebsrichtung und des schlechten Werkzeugs kann nie genug geschafft werden. Wie Herr Müller seine Versprechungen hält, mag folgendes Beispiel zeigen: Ein Kollege soll das Maschinenhaus bei einem Stundenlohn von 45 S bei ihm lernen, als der Kollege eine Woche gearbeitet hat, zahlte Müller aber nur 41 S Stundenlohn. In der folgenden Woche stellt er einen Maschinenhauer mit 43 S Stundenlohn ein. Dieser Kollege erhält 45 S, da er ein sehr guter Arbeiter ist. Um nun diese zwei Pfennig wieder herauszuholen zu können, zahlt er dem ersten Kollegen noch 2 S ab, der Krönge erhält also fast der versprochenen 45 S nur 39 S Stundenlohn. Der Kollege wehrte sich natürlich gegen eine solche Lohnkürzung. Er bekam dann wieder 41 S, aber dem andern Kollegen wurden wieder 2 S abgezogen. Diese wenigen Beispiele mögen die Zustände in der Bude des Herrn Müller beleuchten; in den anderen Betrieben in Erfurt sieht es nicht besser aus. Kollegen, wollt ihr vor Enttäuschungen bewahrt bleiben, dann bleibt von Erfurt fern, laßt euch nicht durch Inzerate und Versprechungen bestimmen, hierher zu kommen. Jetzt nun besteht in Erfurt die zehntstündige Arbeitszeit. Schließt euch alle dem Verbands an, damit wir endlich auch für die Feilenhauer etwas tun können.

Wolau a. G. In dem Betriebe der Feilenhaueret von G u f a t h g e sind wegen Akkordreduktion und Maßregelung Differenzen ausgebrochen. In der am 28. Oktober abgehaltenen Branchenversammlung der Feilenhauer glänzten aber die Kollegen der Firma Klitzsch & Horn durch Abwesenheit mit der Ausrede, es gehe sie das nichts an. So ist es also mit der Kollegialität der Feilenhauer in Wolau beschaffen. Es tut not, daß sich diese Kollegen vor die Brust schlagen und ausrufen: Kollegen, vergelt uns, denn wir wußten nicht, was wir getan haben. Durch den Ausfall der Versammlung mußte sich die Ortsverwaltung mit der Sache befassen und die notwendigen Schritte unternehmen. Herr Bathge, ein Herr von Selbstgerechtigkeit und Klugheit, glaubte, die Arbeiter seinen Aerger und Woll fühlen lassen zu müssen, weil in Nr. 41 der Metallarbeiter-Zeitung eine Kritik erschienen war. Seit dieser Zeit fühlte sich Herr Bathge beleidigt und er glaubte etwas damit zu erreichen, wenn er jede Woche neue Bestimmungen trafe. Am 11. Oktober warf er drei Kollegen wegen der Kritik auf die Straße. Nach zweifelhafte Verhandlung am 13. Oktober stellte er die drei Arbeiter wieder ein. Acht Tage später, am 20. Oktober, hing an der Tür ein Plakat des Inhalts: „Die Arbeitszeit beginnt um 8 Uhr morgens und endet um 4 Uhr abends ohne Vesperpause.“ Nachdem die Kollegen sich beschwerten, wurde die Arbeitszeit sofort geändert und wie bisher gearbeitet. Am 25. Oktober mittags nagelte Herr Bathge einen neuen Akkordtarif an mit einer Reduzierung von 15 bis 20 Prozent. Als ein Kollege vorstellig wurde, brauste Herr Bathge auf und bemerkte: „Ich bezahle nicht mehr, und wenn es Ihnen nicht paßt, dann können Sie gehen.“ Auch war Herr Bathge so freundlich und empfahl uns, ihn nochmals in der Zeitung „herumzuschmieren“, dann würde er uns schon belangen. Auch will er niemand von der Ortsverwaltung sehen, er sagt: „Ich mache meine Bude zu und kein Geselle kommt mehr herein.“ Da Herr Bathge aber nicht in der Lage ist, seine Arbeit selbst fertig zu machen, wird es nicht lange dauern, daß er wieder Feilenhauer in Meffer und Feile sucht. Wir ersuchen die Kollegen, bei Herrn Bathge keine Arbeit anzunehmen, denn sie würde nicht von langer Dauer sein. Vor Zugang von Feilenhauern nach Wolau wird gewarnt.

Gold- und Silberarbeiter.

Wien. Nach Beendigung unserer achtwöchigen Aussperrung versuchen die Unternehmer, von auswärts Arbeiter heranzuziehen und diese unter schlechteren Arbeitsbedingungen als die im Vertrag festgelegten zu beschäftigen. Da wir uns dies nicht gefallen lassen und mit allen Mitteln gegen solche Manöver ankämpfen, droht uns ein neuerlicher Kampf. Nachdem unsere Unternehmer vor allem in P f o r z h e i m und W ü n z h e n Arbeiter suchen, so verhängen wir über Wien bis auf weiteres für Jeweilere, Gold- und Silberschmiede die Sperre. Vor allem warnen wir vor der Firma R t h u r W u f f o l, die ihren Buchhalter W h l t ausgesandt hat, um Arbeiter anzuwerben.

Heizungsmonteur.

Chemnitz. Der Streit der Heizungsmonteur, Kupferschmiede, Helfer und Hilfsarbeiter ist beendet. Es wurde ein Tarif für Heizungsmonteur und Helfer, sowie für Kupferschmiede und Hilfsarbeiter abgeschlossen, der bis zum 30. September 1916 gelten soll. Die Aufnahme der Arbeit erfolgte am 3. November, die Wiederereinstellung erfolgt nach Bedarf und nach der Dauer der Beschäftigung im Betrieb. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden und es sollen Beschäftigten zwischen den ausständig gemeinen und den arbeitswilligen Arbeitern nicht stattfinden. Neueinstellungen dürfen nicht vorgenommen werden, solange von den am Streit Beteiligten noch Arbeitslose vorhanden sind. Erreicht ist durch diesen einmonatigen Streit: eine Arbeitszeitverkürzung von 58 auf 56 Stunden die Woche. Der Mindestlohn, der für Kupferschmiede im Alter von über 23 Jahren und Heizungsmonteur bisher 51 S betrug, ist auf 57 S erhöht und steigt in den Jahren 1914 und 1915 auf 59 und 61 S. Der Mindestlohn für Helfer ist um 3 S erhöht und ist auf 38 S angeheft. Nach je 1/2-jähriger Beschäftigung steigt dieser auf 40, 42 und 45 S die Stunde. Für Hilfsarbeiter in den Kupferschmiedereien ist der Mindestlohn auf 38 S festgesetzt. Für die bisher beschäftigten Metallarbeiter-Verband werden nachstehende Lohn- und Arbeitsbedingungen für Heizungsmonteur und Helfer vereinbart. — § 2. Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit beträgt nicht über 9 1/2 Stunden, Montags und Sonnabends 9 Stunden. An den Vortagen vor Oetern, Pfingsten und Weihnachten ist Arbeitsstopp mittags 12 Uhr. — § 3. Ueberarbeitszeit. Ueberstunden werden nur in dringenden Fällen geleistet und bezahlt, wenn solche vom Unternehmer angeordnet sind. Wenn für mehr als einen Tag Ueberstunden zu leisten sind, ist dies den in Frage kommenden Arbeitern mindestens einen Tag zuvor bekanntzugeben. — § 4. Zuschläge. Als Zuschläge werden für Ueber-, Sonn- und Feiertagsstunden in der Werkstatt und auf Montage bei Sonn- und Akkordarbeit bezahlt:

	an Wochentagen	an Sonntagen	an hohen Feiertagen			
Zeitraum	Belegmont.	Helfer	Belegmont.	Helfer	Belegmont.	Helfer
während der in § 2 festgesetzten Arbeitszeit	—	—	30	15	dopp. Werkstattlohn	—
für die Arbeitszeit von 10 bis abends 8 Uhr	10	5	30	15	—	—
von abends 8 bis 11 Uhr	20	15	doppelter Lohn	—	—	—
„ 11 bis früh 6	40	30	—	—	—	—

Als hohe Festtage gelten Oetern, Pfingsten und Weihnachten der erste und zweite Feiertag und Neujahr. Diese Zuschläge werden nur für die Arbeitszeit, nicht für die Reisezeit bezahlt. — § 5. Mindestlohn. Der Mindestlohn für Heizungsmonteur beträgt bei Inkrafttreten des Tarifes 57 S, ab 1. Oktober 1914 59 S, ab 1. Oktober 1915 61 S; für Helfer in der Werkstatt 38 S, nach halbjähriger Tätigkeit 40 S, nach einjähriger Tätigkeit 42 S, nach 1 1/2-jähriger Tätigkeit 45 S die Stunde. Bei Arbeitern, welche infolge Krankheit, Invalidität oder hohen Alters nicht mehr die volle Leistungsfähigkeit besitzen, wird der Lohn besonders vereinbart. — § 6. Ueberarbeitszeit. Bei Inkrafttreten dieses Tarifes tritt eine Erhöhung des Stundenlohnes ein, und zwar: für die bereits bei den Firmen beschäftigten Heizungsmonteur und gelernten Metallarbeiter um 4 S, am 1. Oktober 1914 um 2 S, am 1. Oktober 1915 um weitere 2 S; für Helfer bei Inkrafttreten des Tarifes um 3 S, am 1. Oktober 1914 um 1 S, am 1. Oktober 1915 um 1 S die Stunde. — § 7. Akkordarbeit. Bei Arbeiten, die in Akkord ausgeführt werden, wird der Stundenlohn garantiert. — § 8. Montag und Feiertag. § 8. Montags an Ort. Für Montagen in der Stadt und den zurzeit einberleibten Vororten, einschließlich Schöna, erhalten die Heizungsmonteur pro Arbeitstag eine Auslösung von 1 M., Helfer 50 S. Außerdem wird für diejenigen Montagen, die weiter als 1 1/2 Kilometer von der Werkstatt entfernt sind, das Strakenbahnfahrgeld für einmalige Hin- und Rückfahrt täglich vergütet. Als Maßstab für die Distanz gilt die der Werkstatt zunächst gelegene Bouengrenze. § 9. Montagen in der Umgegend. Für Chemnitz wird nach den Vororten Ebersdorf, Eintracht, Erfenschlag, Glösa, Hartau, Markersdorf bei Chemnitz, Neustadt, Niederwiesa, Rabenstein, Reichenbrand, Reichenhain, Rottluff, Siegmund und Wittgenhain eine Auslösung von 2 M. für Heizungsmonteur vergütet, für Helfer 1 M. pro Arbeitstag. Außerdem wird das Strakenbahnfahrgeld oder Eisenbahnfahrgeld 3. Klasse einmal täglich hin und zurück vergütet. § 10. Montagen nach Orten mit weiterer Entfernung wird eine Auslösung von 3,50 M. für den Monteur und 2,50 M. für den Helfer vergütet. Diese Auslösung wird auch für die Reisezeit vergütet. Nach besonders teuren Orten sowie nach dem Auslande wird eine höhere Auslösung besonders vereinbart. Beträgt die Eisenbahnfahrt von den Bahnhöfen in Chemnitz mehr als 45 Minuten, so wird, auch wenn Sonn- und Feiertag nicht gearbeitet wird, die Auslösung von 3,50 M. für den Monteur und 2,50 M. für den Helfer auch für Sonn- und Feiertage vergütet. Bei Entfernungen von unter 45 Minuten Fahrzeit wird, falls Sonntags nicht gearbeitet wird, das Fahrgeld 3. Wagenklasse hin und zurück sowie die Fahrzeit vergütet. Bei länger anhaltenden Montagen wird zu den hohen Festtagen freie Hin- und Rückfahrt gewährt. Desgleichen ist bei Montagen, die in die Zeit zwischen Pfingsten und Weihnachten fallen und länger als 13 Wochen andauern, einmal das Fahrgeld für eine nachweisbar erfolgte Hin- und Rückfahrt zu vergüten, außerdem in dringenden Fällen, wie bei schwerer Krankheit und Todesfall der Ehefrau. § 11. Montage auf Stunden. Für kleinere Montagen, deren Dauer weniger als einen Arbeitstag (§ 2 dieses Tarifes) beträgt, wird die Auslösung nach Stunden vergütet und erhält der Monteur in der Stadt 10 S, der Helfer 5 S an Auslösung die Stunde. Bei Montagen in nächster Umgegend (§ 9) beträgt diese Auslösung für den Monteur 20 S, für den Helfer 10 S die Stunde; für kleinere Montagen in Orten weiterer Entfernung erhält der Monteur 35 S, der Helfer 25 S Auslösung die Stunde. § 12. Reisezeit und Fahrzeit. Die bei Montagen sich notwendig machende Reisezeit, Logiszeit, Vorstellen beim Bauleiter, Einholen von Instruktionen, sowie Abrechnen zc. erhalten die Monteur und Helfer in Lohn inklusive der Auslösung vergütet. Sonst werden Weg- und Fahrzeit bei sämtlichen Arbeiten nur einmal bei Beginn und nach Beendigung der Montage vergütet. Als Fahrzeit gilt bei Eisenbahnfahrten die Zeit von der Abfahrt des Zuges von den Bahnhöfen Chemnitz bis zur Ankunft an der Arbeitsstelle; bei Strakenbahnfahrten wird die Zeit von der Strakenbahneinfahrt bis zur Ankunft an der Arbeitsstelle gerechnet. Der Weg von der Wohnung zur Strakenbahn oder zu den Bahnhöfen wird nicht bezahlt. — § 13. Zuschlag für besondere Arbeiten. Bei besonders schwierigen und gesundheitsgefährdenden Arbeiten — Demontage von Kesseln, Heizspiralen in den Defen für Heißwasserheizung, sowie Erinnerungarbeit — hat eine höhere Zuschlag zu erfolgen, die in jedem Falle vereinbart wird. Dieser Zuschlag beträgt nicht unter 10 S die Stunde. — § 14. Lohnzahlung. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich möglichst Freitag bei Arbeitsstopp. Der Lohn wird in Lohnstücken zc. ausgezahlt, worauf die geleistete Arbeitszeit, der zu zahlende Lohn, die Auslösung und Lohnzuschläge, sowie die gemachten Abzüge vermerkt sind. Die Stundenzahl hat sich der Monteur und Helfer jederzeit bescheinigen zu lassen, bei kürzeren Montagen oder Reparaturen sofort nach Fertigstellung der Arbeit, da Stunden ohne Belohnung der Beschäftigung nicht bezahlt werden. — § 15. Verschleißbarer Raum und Verbrauch. Die gesetzlichen Schutzbestimmungen sind von beiden Seiten innezuhalten. Auf dem Bau ist möglichst ein verschleiß- und heizbarer Raum, sowie eine möglichst geschützte Arbeitsstätte zur Verfügung zu stellen. Auch werden an jedem Bau Verbrauchsmittel, sowie beim Schweißen Schutzbrillen geliefert. Unterbleibt die Anlieferung, so soll der Monteur dies der Firma sofort melden und im Bedarfsfalle auf deren Kosten beschaffen. — § 16. Bestehende bessere Verhältnisse. In Geschäften, wo bei Inkrafttreten dieses Tarifes bessere Verhältnisse bestehen, wie dieser Tarif vorsieht, dürfen diese nicht verschlechtert werden. — § 17. Vertragsdauer. Vorstehende Bedingungen treten mit dem Tage der beiderseitigen Unterzeichnung in Kraft und haben Gültigkeit bis 30. September 1916. Wird der Tarif nicht spätestens ein Vierteljahr vor dem Ablaufstermin von einem der vertragsstiftenden Teile gekündigt, so gilt er immer auf ein weiteres Jahr verlängert. — § 18. Schlichtungskommission. Bei vorkommenden Differenzen wegen Auslegung dieses Tarifes wird das Gewerbegericht Chemnitz-Stadt als Schlichtungsamt angerufen. — Auswärtige Kollegen, die bei den hiesigen Kupferschmiedereien oder Heizungsanlagenbetreibern wegen Arbeit nachzutragen gedenken, werden ersucht, sich zuvor bei der Verbandsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Chemnitz oder der Bezirksstelle des Kupferschmiede-Verbandes zu erkundigen, damit die Wiedereröffnung der Streitenden glatt vor sich geht.

Metallarbeiter.

Breslau. Wie die Breslauer Metallindustrie stellen der Arbeitslosigkeit feuern. In der Breslauer Metall- und Maschinenindustrie herrscht ein außergewöhnlich schlechter Geschäftsgang; die Zahl der Arbeiter ist in den meisten Betrieben verringert worden und die noch Beschäftigten müssen zeitweilig ausweichen oder stark verkürzt arbeiten. Am schlimmsten steht es in den Gießereien aus, in denen stellenweise die Arbeiterzahl weit unter die Hälfte verringert worden ist. Dreher, Schlosser und Schmiede bedauern unsern Arbeitsnachweh und die Zahl der sich täglich Meldenden beträgt doppelt so viel als im vergangenen Jahr. Unter den Metallarbeitern des Bauwesens sind eine Reihe von Kollegen mehr als ein halbes Jahr arbeitslos und der hereinbrechende Winter raubt vollends alle Hoffnungen. Es gibt, wie gesagt, nicht eine Berufsgruppe in der Metall- und Maschinenindustrie Breslaus, bei der die Wirtschaftskrise nicht mehr oder weniger ihren Eingang gehalten hätte, eine Ausnahme ist nur der Waggon- und Lokomotivbau, wo noch Arbeitsgelegenheit ist. Doch auch da machen sich die ersten Anzeichen bemerkbar, denn in einzelnen Abteilungen ist die Arbeitszeit bereits verkürzt worden. Frend welche staatliche oder kommunale Hilfe ist nicht zu erwarten und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ist es allein überlassen, hier helfend eingzugreifen. 37 000 M. hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband allein im dritten Quartal dieses Jahres an seine Mitglieder in Form von Erwerbslosenunterstützung gezahlt (Arbeitsquartal 1912 20 000 M.), und die Wintermonate werden noch eine ganz

Gewerbegerichtliches.

Quittung über noch nicht empfangenen Lohn. sk. (Nachdruck, auch im Auszug, verboten.) Im täglichen Leben werden Quittungen und Empfangsbekanntnisse sehr oft ausgestellt, bevor die darin bescheinigte Leistung überhaupt erfüllt ist, das heißt, sie werden in der sicheren Erwartung baldiger Erfüllung gegeben. So sehr gebräuchlich dies ist, so wenig entspricht eine solche Bescheinigung einer „Quittung“.

Arbeitszeugnis. Ein Schmelz in Chemnitz hatte von seiner Firma bei seinem Abgang ein Zeugnis erhalten, worin die Bemerkung stand: „... und wird heute ordnungsmäßig ohne Rüdigung entlassen.“ Mit diesem Zeugnis war der Schmelz nicht zufrieden.

Verprechen, die Arbeit in bestimmter Frist fertigzumachen. Der Schlosser Sch. bei der Firma S. in Chemnitz hatte sich verpflichtet, eine Arbeit bis zum Sonnabend fertigzumachen, weil sie dann notwendig gebraucht werden sollte.

Zu niedriger Affordpreis. sk. (Nachdruck, auch im Auszug, verboten.) Kommt ein Dienstberechtigter mit der Annahme der Dienste in Verzug, so kann der Dienstverpflichtete gemäß § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuches für die infolge des Verzuges nicht geleisteten Dienste die berechnbare Vergütung verlangen, ohne zur Nachleistung verpflichtet zu sein.

Arbeiterversicherung.

Zellgewebeentzündung als Unfallfolge anerkannt. Ein Metallarbeiter hatte sich etwa acht bis zehn Tage vor seiner Krankmeldung eine Verletzung des rechten Daumens durch einen Metallsplitter zugezogen.

zur Entfernung von Eisensplittern benutzt wurde. Zugunsten des Verletzten spricht ferner, daß er wenige Tage nach den geschätzten Vorgängen über Schmerzen im Daumen klagte.

Freunde des Wandersports!

Die deutsche Arbeiterbewegung ist infolge ihrer glänzenden Entwicklung zu Macht und Einfluß gelangt. Diese Machtentfaltung ist in erster Linie der Form der Organisation zu verdanken.

Auch die sporttreibende Arbeiterschaft hat diesen gewaltigen Grundgedanken voll ausgegriffen und die Zentralorganisation in jeder Beziehung angestrebt. Einmal zur Schaffung tieferer Aktionsfähigkeit und nicht zuletzt zur Befestigung der ermittelten Zentralisierung und Vereinheitlichung im Arbeiterport, die die Tätigkeit für die allgemeine Arbeiterbewegung beeinträchtigen.

Neuerdings ist nun der Berliner „Arbeiter-Wanderbund“ dazu übergegangen, in anderen Orten des Reiches Ortsgruppen zu gründen und sich „Deutscher Arbeiter-Wanderbund“ zu nennen.

Alle Arbeiter, die das Bedürfnis der Pflege des Wandersports fühlen und zur Gründung von Ortsgruppen des „Deutschen Arbeiter-Wanderbundes“ aufgefordert oder zu deren Beitritt veranlaßt werden, wollen als Verfechter des Gedanken ernsthafter zentraler gewerkschaftlicher, politischer wie auch sportlicher Organisationen diesen „Arbeiterfreunden“ die Tür weisen mit ihrer Sonderorganisation und Vereinsmeteret.

Lebuis, der Mann mit dem Grundfaß und den 16000 Mark.

Unter der Ueberschrift „Ein Würdchen von heute“ berichtet der Vorkämpfer in seiner Nr. 289 vom 3. November, daß der Obergelehrte Rudolf Lebuis, jetzt wohnhaft in Frohnau, ein Einkommen von 16000 M. versteuert und die amtliche Staatsbürger-Zeitung gekauft hat.

Ich war zweiter Redakteur der nationalliberalen Triester Zeitung, zugleich aber auch Redakteur einer im gleichen Verlag erscheinenden unparteiischen Zeitung — unparteiisch heißt in diesem Falle zentrumsfreundlich.

Offenbar hat der vielgewandte Herr herausfinden wollen, wer am meisten zahlt. Die Sozialdemokraten waren es nicht, also kamen sie für ihn nur als Gegner in Betracht. Die Gewerkschaften fanden für ihn selbstverständlich auf der gleichen Stufe.

Vom Ausland.

Ungarn.

Budapest, 4. Nov. Die Dreher und Werkzeugmacher der Firma Ganz-Danubius in Budapest sind seit 7 Wochen ausgepöbelt. Nachdem den unferen Kollegen noch keiner bei der Firma um Aufnahme nachgesucht hat, wurden in ausländischen Blättern Dreher und Werkzeugmacher gesucht.

Schweiz.

Waffenstillstand: Unter dieser Ueberschrift schreibt die Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung in ihrer Nr. 45: „Die vorliegende Nummer unserer Zeitung ist die erste seit dem 10. Mai 1902, in der keine Sperre publiziert ist.“

Großbritannien.

Unfälle und Berufskrankheiten. In Großbritannien gibt es keine Unfallversicherung, sondern die Entschädigung für Betriebsunfälle ist zwischen der betroffenen Person oder ihrem Vertreter und dem Unternehmer zu vereinbaren; kommt es zu keiner Einigung, so entscheidet die ordentliche Gerichte.

Die Zahl der Entschädigungsfälle 1908 328 957, 1909 335 953, 1910 381 850, 1911 423 052 und 1912 428 005. Von allen Entschädigungsfällen waren

Table with 5 columns: Jahr, tödlich verlaufene Unfälle, Berufskrankheiten, durch Betriebsunfälle, durch Berufskrankheiten. Rows for years 1908-1912.

Bei den tödlichen Unfällen und Berufskrankheiten besteht keine Tendenz zur Zunahme; die Unfallinvaliditäten aber nahmen von 1908 bis 1912 um 94 470 oder 29 Prozent zu und die Invaliditäten infolge von Berufskrankheiten haben sich in demselben Zeitabschnitt verdreifacht, was wohl hauptsächlich auf bessere Gesetzeskenntnis und Verfolgung der Entschädigungsansprüche durch die Arbeiter zurückzuführen ist.

Die Gesamtsumme, die in den sieben Wirtschaftszweigen für Entschädigungen ausbezahlt wurde, stieg von 42,5 Millionen Mark 1908 auf 64,8 Millionen Mark 1912. Im Jahre 1912 trafen an Entschädigungskosten auf jeden beschäftigten Arbeiter: In Fabriken 11,82 M., Bergwerken 22,27 M., Steinbrüchen 11,48 M., bei Tiefbauern 11,82 M., in Docks 21,76 M., im Eisenbahnbetrieb 8,33 M. und in der Schifffahrt 16,07 M.

Table with 5 columns: Jahr, Eisen- und Stahlzeugung, Maschinen- und Schiffbau, Sonstige Metallindustrie, alle drei Betriebsarten. Rows for years 1908-1912.

Im Jahre 1912 wurden verursacht: Von den 543 tödlichen Fällen durch Betriebsunfälle 526 und durch Berufskrankheiten 17; von den 106 607 Invaliditäten 106 355 durch Unfälle und 252 durch Berufskrankheiten.

Für Entschädigung von Unfällen und Berufskrankheiten in der Metallindustrie wurden aufgewendet: 1908 9 023 000 M., 1909 7 383 000 M., 1910 11 067 000 M., 1911 12 306 000 M. und 1912 13 843 000 M.

Table with 5 columns: Jahr, Eisen- und Stahlzeugung, Maschinen- und Schiffbau, Sonstige Metallindustrie. Rows for years 1908-1912.

In jeder Betriebsart waren 1912 die auf den beschäftigten Arbeiter treffenden Kosten der Unfallentschädigung höher als 1908; absolut und relativ am geringsten war die Steigerung im Maschinen- und Schiffbau.

Die durchschnittlichen Kosten eines Entschädigungsfalles stiegen von 118 M. im Jahre 1908 auf 129 M. im Jahre 1912. Es ist nicht zu entscheiden, ob dies ganz auf die Steigerung der Arbeitsverdienste oder zum Teil auch auf eine zunehmende Schwere der Unfälle zurückzuführen ist.

Weitaus die meisten Invaliditätsfälle werden durch Zahlung von Renten erledigt. Wie sich in der Metallindustrie das zahlenmäßige Verhältnis solcher Fälle zu den Abfindungsfällen gestaltet, zeigt die nächste Tabelle.

Table with 5 columns: Invaliditätsfälle erledigt durch: 1908, 1909, 1910, 1911, 1912. Rows for Rentenzahlung and Abfindung.

Unveredigte Fälle

Table with 5 columns: Dauer der Rentenzahlung, Eisen- und Stahlzeugung, Maschinen- und Schiffbau, Sonstige Metallindustrie. Rows for different durations of payment.

Da im Falle von Inhabilitäten von weniger als zweijähriger Dauer für die erste Woche keine Entschädigung gezahlt wird, so macht sich naturgemäß das Bestreben geltend, diesem Nachteil durch Stinquis...

Die im Jahre 1912 in der Metallindustrie entzündeten 269 Fälle von Berufskrankheiten verteilten sich nach der Krankheitsform und der Betriebsart wie folgt:

Table with 4 columns: Krankheitsform, Eisen- und Stahl-ergänzungsg., Maschinen- und Schiffbau, Sonstige Metall-industrie. Rows include Bleivergiftung, Quecksilbervergiftung, etc.

Von allen im Jahre 1912 entzündeten 606 Fällen von Bleivergiftung trafen auf die Metallindustrie 255 Fälle oder 42 Prozent. 1911 wurden in der Metallindustrie 231 Bleivergiftungen entzündet...

Die Frage des gesetzlichen Achtstundentages. Wir haben schon einmal an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß im Norden von England bei den organisierten Arbeitern der Metallindustrie der Kampf nach dem gesetzlichen Achtstundentag immer lauter erhoben wird...

Ein fürchterliches Wort, das in einem Rechtsstaat unbekannt sein sollte. Die Verteidiger unseres Klassenstaats wissen dies auch und suchen daher neben einem Nobilität auf unsern Richterstand, der angeblich über alle Normen der Parteilichkeit erhaben sei, den Nachweis zu erbringen, daß wir in einem Rechtsstaat leben...

Gute und billige Jugendbücher. Eine Auswahl aus dem großen Verzeichnis. Herausgegeben vom Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands...

Die Fortschritte und Erfolge des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Eine kurze Darstellung des Zweckes, der Entwicklung, der Kampfsmittel und der jetzigen Erfolge des Verbandes...

Die Berufsvereine. Von W. Kulemann, Landgerichtsrat a. D. Erste Abteilung: Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder...

festzuhalten. Es darf angenommen werden, daß das Bäcklein durch seinen aus der Praxis hervorgegangenen Inhalt sich im Unterricht überall als wertvoll erweisen wird.

Verbands-Anzeigen.

- Mitglieder-Versammlungen. Sonntag, 30. November: W. Gleditsch. (Heizungsmont. und Schloß). Montag, 1. Dezember: Leipzig. Generalversammlung. Vertrauensleutezusammenkünfte. Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Ziseleure

Berlin C. 54, Linienstraße 88/85.

Privat-Anzeigen.

- Einige tüchtige Feinmechaniker. Lädt. Wellenbauer sucht sof. seine Ladner, Antilagen. Karlsruh. 24. Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen Klempner...

Metallarbeiter-Notizkalender

für das Jahr 1914. Derselbe enthält außer seinem reichhaltigen Text noch Blätter für Tages- und sonstige Notizen, und ist zum erstenmal mit einem ganzen schreibfähigen Bleistift ausgestattet...

Niederlande.

Die Bewegung der Elektromotoren ist beendet. Ueber das Ergebnis teilt unser niederländisches Bunderorgan folgendes mit: Die Arbeitszeit beträgt täglich 10 Stunden...

Literarisches.

Der Verleger der angelegten oder besprochenen Werke werde man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an den Buchhändler wenden.

Aufgabenstellung für das Rechnen der Rechenmaschinen, Rechner und veränderliche Geräte. Von E. Santer und A. Zimmermann, Gewerkschaften in Stuttgart. Teil I. Mit 240 Sätzenrechnungen...